

INFOPERU84

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 84 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Ein Jahr Pedro Castillo: zwischen Boykott und Selbstzerstörung \(Cesar Bazan Seminario\)](#)
3. [Kurz gemeldet August 2022](#)
4. [ISP News und Hinweise August 2022](#)
5. [Ein Bischof im Zentrum des Klein-Bergbaus. Interview mit Reinhold Nann \(Hildegard Willer\)](#)
6. [Glencore verletzt kollektive Rechte beim Kupferprojekt Coroccohuayo \(Sini Bodemer\)](#)
7. [Serie Umweltheld*innen: Antony Oscategui \(Hildegard Willer\)](#)
8. [„Wenn die Tradition gegen Frauen- und Persönlichkeitsrechte geht, muss sie verändert werden“ – Interview mit Tarcila Rivera \(Ojo Publico\)](#)
9. [Perus Agrarexportwirtschaft: Hintergründe – Konsequenzen – Nutznießer \(Jimi Merk\)](#)
10. [Peru droht Hungerkrise \(Maria Rosa Boggio\)](#)
11. [Indigene Völker erklären Klimanotstand für Amazonien \(Annette Brox\)](#)

1. Editorial No 84

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

während Sie in Europa ob der Hitzewelle stöhnen, überstehen wir hier in Lima einen recht kalten Winter mit Temperaturen bis zu 12 Grad. Bei der hohen Luftfeuchtigkeit ist die gefühlte Temperatur noch niedriger. Warm wird es einem nur, wenn man sich draußen bewegt. Und ansonsten sitze ich mit Pulli, Fingerhandschuhen und Wärmeflasche am PC und trinke literweise heißen Tee. Denn eine Heizung hat in Lima niemand.

Im Gebirge ist es noch kälter. Im Mai war ich in der Bergbaustadt Cerro de Pasco auf 4300 Meter Höhe. Obwohl der Himmel strahlend blau war, konnte man Anorak und Schal nie ablegen, so kalt war es. Für die Bewohner von Cerro de Pasco ist es das ganze Jahr so. Und dennoch sagte Antony Oscátegui, den ich in diesem InfoPeru vorstelle, dass man mit der Kälte leben könne, weil die menschliche Wärme in Cerro de Pasco so groß sei.

Wenn ich dann in deutschen Nachrichten sehe, dass sich Politiker*innen und Bürger*innen darüber streiten, ob die Räume im Winter nur 19 Grad geheizt werden dürfen – dann erscheint mir das doch wie eine ganz andere Welt mit anderen Sorgen.

Ein Jahr ist es her, dass der Lehrer Pedro Castillo das Amt des Präsidenten übernommen hat. Vor allem die Landbevölkerung fand es toll, dass endlich einer der ihren die Macht in der Hauptstadt übernommen hat und der herrschenden Ungleichheit und dem Rassismus, zumindest ein klein wenig, den Garaus machen würde.

Ein Jahr danach ist niemand mehr hoffnungsvoll. Wie Perus politische Dauerkrise immer tiefer wird, und welchen Anteil Pedro Castillo aber auch das Parlament daran haben, können Sie in der Analyse von César Bazán Seminario nachlesen.

Auch wenn die politische Situation Perus weiterhin ein Trauerspiel ist: das tägliche Leben wird davon bisher weniger tangiert als dies während Corona der Fall war. Schulen und Universitäten haben ihren Präsenzbetrieb wieder aufgenommen, beliebte Veranstaltungen wie die Internationale Buchmesse, die Kunsthandwerksausstellung Ruraq Maqui oder das Internationale Filmfestival finden wieder statt. Auch das Verkehrschaos ist wieder das alte. Mehr als das politische Chaos im Präsidentenpalast und im Kongress beschäftigt viele Peruaner, wie sie ihre Familien ernähren, ob der hohen Lebensmittelpreise und der Inflation – eine Konsequenz von Corona und des Kriegs in der Ukraine, die alle südamerikanischen Länder betrifft.

Eine anregende Lektüre des InfoPeru wünscht

Hildegard Willer

Redakteurin



©Andina/Presidencia

2. Ein Jahr Pedro Castillo: zwischen Boykott und Selbstzerstörung

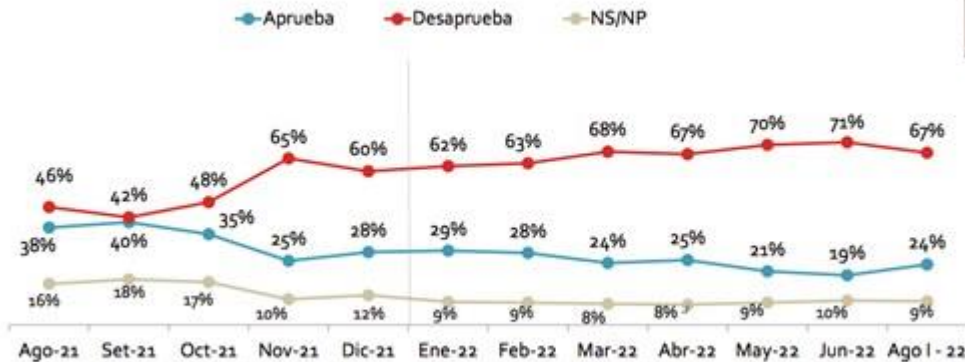
Eine Analyse von Cesar Bazan Seminario.

Um den Fujimorismus in der Stichwahl zu besiegen, vermittelten der damalige Kandidat Pedro Castillo und sein Team das Bild von etwas, das sie nicht waren: die Hoffnung, die historischen Ungleichheiten zu bekämpfen und die politische Krise der letzten Jahre zu überwinden. Sein Hintergrund als Rondero, Bauer, Grundschullehrer und Gewerkschaftsführer trug dazu bei, Gefühle und Stimmen zu gewinnen, um eine der Hauptverursacherinnen der politischen Krise zu besiegen: die Gegenkandidatin Keiko Fujimori, die von wichtigen Machtgruppen unterstützt wurde.

Nach einem Jahr im Amt ist jedoch klar, dass die politische Krise nicht vorbei ist und auch so bald kein Ende finden wird. Stattdessen stehen wir vor einem neuen Kapitel dieser Krise, die zur Folge hatte, dass Peru zwischen 2016 und 2022 fünf Präsidenten und drei Parlamente hatte (gegenüber nur zwei Präsidenten und zwei Parlamente unter "normalen" Umständen). Außerdem besteht kein Zweifel daran, dass Pedro Castillo kein guter Präsident ist, geschweige denn in der Lage, historische Ungleichheiten zu beseitigen.

Die Enttäuschung über die Regierung von Pedro Castillo ist weit verbreitet. Sie ist sogar noch größer als die Ablehnung der vorherigen Regierungen. Seit November 2021 ist die Ablehnung gegen ihn hoch und stabil: Laut Umfragen des Instituto de Estudios Peruanos (IEP) liegt sie zwischen 65 und 71 Prozent. Offensichtlich ist die Ablehnung in Lima und bei den Wohlhabenden, die Castillo nie mochten, noch höher. Aber auch auf dem Lande (57%) und unter den Armen (61%) ist sie hoch (IEP, August 2022).

¿Usted aprueba o desaprueba la forma como Pedro Castillo está conduciendo su gobierno?



Base agosto I 2022: total de entrevistados - Nacional (3.208)

Für diese Bewertung der Regierung von Pedro Castillo gibt es mehrere Erklärungen. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass zwei Worte entscheidend sind: Boykott und Selbstzerstörung. Diese beiden Substantive haben die Regierung seit ihren Anfängen begleitet und sind zu unterschiedlichen Zeiten in Erscheinung getreten (auf Spanisch im April 2022 in <https://bit.ly/3zE4t2i>).

Boykott: Der Krieg gegen die Regierung von Pedro Castillo

Die Massenmedien, die großen Wirtschaftskonzerne, die politischen Parteien und verschiedene konservative Kreise der Gesellschaft waren radikale Gegner der Kandidatur von Pedro Castillo in der Stichwahl. Die Wahlen waren vorbei, aber der Krieg ging weiter.

Es ist beeindruckend, wie unprofessionell Medien wie El Comercio, América Televisión und andere mit Nachrichten über die Regierung umgehen. Positiv zu vermerken ist, dass die Regierung viel genauer unter die Lupe genommen wird. Doch gleichzeitig nimmt die Desinformation zu und die politische Krise verschärft sich, da sich die Medien diskreditiert haben. Für eine starke Demokratie braucht es unabhängige Medien und informierte Bürger*innen. Ein Extremfall der Desinformation (nicht nur in dieser Zeit) ist die Zeitung La Razón. Unter diesem Link können Sie die Artikel einsehen, in denen die Regierung von Pedro Castillo beschuldigt wird, etwas zu sein, was sie definitiv nicht ist: kommunistisch: <https://bit.ly/3JzXKek>.

Weitere Kritik an der Exekutive kam aus dem Parlament. Aus einem Parlament, das im August 2022 nur noch 10 Prozent Zustimmung hat. Seine stärkste Waffe gegen die Regierung ist die Amtsenthebung (*vacancia*) des Präsidenten. Damit haben die Abgeordneten mehrfach gedroht. Nach der Verfassung darf das Parlament den Präsidenten wegen "geistiger Unfähigkeit" (*incapacidad moral*) abberufen. Die "geistige Unfähigkeit" ist ein Rechtsbegriff, der bereits im Jahr 2000 von politischen Parteien gegen Alberto Fujimori und 2020 gegen den ehemaligen Präsidenten Martin Vizcarra verwendet wurde.

Um nicht des Amtes enthoben zu werden, muss sich der Präsident die Stimmen im Parlament sichern. Das ist schwierig, wenn er keine Mehrheit im Parlament hat. Zu Beginn seiner Amtszeit verfügte die Regierungspartei Peru Libre über 30 Prozent der Stimmen im Parlament. Einige Monate später verlor die Fraktion Abgeordnete. Die Fraktion spaltete sich und die Regierung verlor an Unterstützung. Heute ist die Fraktion Peru Libre kein Partner der Regierung mehr. Tatsächlich wurde Pedro Castillo aus der Partei Peru Libre ausgeschlossen. Und bei der jüngsten Wahl zum Vorstand des Parlaments hat die regierungsnahe Liste verloren.

Die radikalen Gegner Castillos verfolgen das Ziel eines Staatsstreichs. Die Regierung könnte jedoch noch effizienter sein: Sie könnte von selbst zusammenbrechen, d.h. sich selbst zerstören.

Bevor ich auf dieses Thema eingehe, möchte ich darauf hinweisen, dass die Angriffe auf die Regierung von Pedro Castillo auch von anderer Seite kommen. Wie in mehreren anderen Ländern sind die Lebensmittel- und Erdölpreise gestiegen. Der Krieg in der Ukraine hatte auch Auswirkungen auf die peruanische Wirtschaft. Infolgedessen haben die Angestellten im öffentlichen Verkehr und die Landwirte große Streiks durchgeführt.

Selbstzerstörung: Fehler und Korruptionsaffären

Die Selbstzerstörung hat den Ton für diese Regierung angegeben. Erste Anzeichen waren bereits zu Beginn zu erkennen. Die Regierung von Pedro Castillo ernannte zum (ersten) Premierminister einen Abgeordneten ihrer Partei Peru Libre, der in der Regierung selbst ein destruktives Element darstellte und zudem als sexistisch und homophob bekannt war. Um das Amt des Premierministers gab es innerhalb der linken Gruppierungen Streit. Peru Libre hatte seine Chance schnell vertan. Im Oktober 2021 ernannte Pedro Castillo eine neue Premierministerin: die ehemalige Kongresspräsidentin, Menschenrechtsaktivistin und Linke Mirtha Vásquez. Sie hatte mehr Qualitäten als ihre Vorgänger. Obwohl sie gut ist, blieb nicht lange im Amt. In den ersten Monaten des Jahres 2022 trat Mirtha Vásquez zurück, da sie sich vom Präsidenten nicht unterstützt fühlte.

Die Selbstzerstörung spitzte sich dann zu. Die Exekutive ernannte einen Abgeordneten einer Oppositionspartei, gegen den Vorwürfe wegen Körperverletzung seiner Frau und Tochter erhoben wurden, zum Vorsitzenden des Ministerrats. Er hielt sich nur vier Tage im Amt. In der Folge

beförderte die Regierung den Justizminister Anibal Torres zum Präsidenten des Ministerrats, der bis jetzt im Amt ist.

Die vielen Wechsel der Vorsitzenden des Ministerrats spiegeln sich auch in anderen Ministerämtern wider. Die Exekutive hat ungeeignete Personen in Ministerien und andere staatliche Einrichtungen berufen. Sie hat auch guten Beamten den Boden unter den Füßen weggezogen.

Jedenfalls hat es der Exekutive an Stabilität bei der Besetzung von Minister*innen gefehlt, was ihre Regierungsfähigkeit beeinträchtigt. Die Instabilität hat sogar sensible Bereiche wie das Gesundheitswesen erreicht. Peru ist das Land mit der weltweit höchsten COVID-19-Todesrate (Todesfälle pro 100.000 Einwohner*innen). Vor diesem Hintergrund ist es schwer zu erklären, warum die Regierung einen guten Gesundheitsminister nicht im Amt behält.

Minister*innen der Regierung (28. Juli 2021 – 23. Juli 2022)

PCM	Guido Belli...	Mirtha Vásquez	Anibal Torres
RREE	...	Oscar Maúrtua	César Landa
MINDEF	Walter Ayala	Juan Carrasc...	José Luis Gavidia
MEF	Pedro Francke		Óscar Graham
MININTER	Juan Carras...	L...	Avelino Guillén...
MINJUSDH	Anibal Torres	Ange...	Félix Chero
MINEDU	Juan Cadill...	Carlos Gallar...	Rosendo Serna
Minsa	Hernando Cevallos	Hernán C...	Jorge López
MIDAGRI	Victor Maita		Óscar Zea
MTPE	Iber Maraví	Betssy Chávez	Juan Lira
PRODUCE	Yván Quispe	Roge...	Jorge Prado
MINCETUR	Roberto Sánchez		
MINEM	Iván Merino	Eduardo González	Carlos Palacios
MTC	Juan Silva	Nicolás Busta...	Juan Barran...
VIVIENDA	Geiner Alvarado		
MIMP	Anahí Durand		Diana Miroslavich
MINAM	Rubén Ramírez		Modesto Montoya
CULTURA	Ciro Gálvez	Gisela Ortiz	Alejandro Salas
MIDIS	Dina Boluarte		

Quelle: La República

Neben mangelnden Kompetenzen in der Regierungsführung gibt es auch Korruptionsvorwürfe. Gegen ehemalige hochrangige Regierungsbeamte wird wegen der Annahme von Bestechungsgeldern ermittelt. Die Ermittlungen laufen noch, und die Spur des Geldes hat noch

nicht zum Staatspräsidenten geführt. Alles deutet darauf hin, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis sie den Präsidenten erreicht.

Was ist mit historischen Ungleichheiten?

Inmitten von Boykott und Selbstzerstörung werden die historischen Ungleichheiten, die Pedro Castillo zu bekämpfen versprach, aufrechterhalten und verschärft. Sieben von zehn Peruaner*innen sind der Meinung, dass es eine wirtschaftliche Ungleichheit gibt (sehr ungleich und etwas ungleich), und sechs von zehn meinen, dass diese Ungleichheit in den letzten zwei Jahren zugenommen hat. Ähnlich verhält es sich mit der Ungleichheit beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen: Acht von zehn Personen halten den Zugang zur Justiz für sehr ungleich, sieben empfinden den Zugang zum Gesundheitswesen als sehr ungleich, und sechs haben die gleiche Wahrnehmung beim Zugang zu Bildung und Arbeit (IEP und Oxfam, Juli 2022, nationale Umfrage zur Wahrnehmung von Ungleichheit). Die Polarisierung gegen Castillo hat den Rassismus in Peru verschärft.

Unterdessen sind die Wirtschaftsindikatoren uneinheitlich. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs zwischen Januar und Mai 2022 um 3,5 Prozent (Banco Central de Reserva). Das Wachstum der Produktion hat nicht aufgehört, aber es hat sich verlangsamt. Innerhalb eines Jahres sind die Preise um 9 Prozent gestiegen, während die Arbeitslosigkeit in Lima zurückgegangen ist (Instituto Nacional de Estadística e Informática).

Die politische Krise geht weiter

In dem oben beschriebenen Kontext macht sich Pessimismus breit. Im August 2022 sind fünf von zehn Peruaner*innen optimistisch, was ihre Zukunft im Land betrifft. Vor zwei Jahren waren es noch sieben von zehn (IEP, August 2022).

Der Weg aus der Krise ist nicht leicht abzusehen. Auf der einen Seite gibt es Kreise, die versuchen, das Feuer zu löschen, indem sie es anheizen. Sie versuchen einen Staatsstreich durch das Parlament. Das Parlament hat das Recht den Präsidenten abzusetzen, verfügt aber nicht über die Legitimität dazu. Präsident Pedro Castillo, der keine klare Absicht gezeigt hatte, das Parlament aufzulösen, erklärte kürzlich, dass er einen letzten Versuch unternehmen werde, mit der Opposition zu sprechen. Damit die Exekutive das Parlament verfassungsmäßig auflösen kann, muss das Parlament dem Ministerkabinett zweimal das Vertrauen verweigern.

Andererseits haben die Menschenrechtsbewegung und andere demokratische Kreise zu drei Aktionen zum Wiederaufbau des Landes aufgerufen (siehe <https://bit.ly/3Q9rdxY>):

1. Einigung auf eine mittel- und langfristige Bürgeragenda mit konkreten Verpflichtungen,

2. Einigung auf unerlässliche politische und wahlpolitische Reformen,
3. Forderung nach vorgezogenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen.

Damit sich ein vorgezogener Wahlkampf positiv auswirken könnte, müsste die Wahlordnung verbessert werden. Wenn diese nicht für mehr Demokratie innerhalb der Parteien sorgt, werden die Peruaner*innen wieder einmal zwischen Kandidat*innen wählen müssen, die sie nicht vertreten. Genau dies wird bei den Kommunal- und Regionalwahlen geschehen, die im Oktober dieses Jahres stattfinden. Zumindest in Lima ist das schlechte Wahlangebot ein Ausdruck der politischen Krise, in der wir uns befinden.

César Bazán Seminario

3. Kurz gemeldet – August 2022

Kurzmeldungen zu Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Politik und Kultur

Neu erschienen: Das ABC der Umweltschützer*innen

Das [Projekt „Prevenir Amazonía“](#) hat ein 12seitiges [„ABC der Umweltschützer*innen“](#) herausgegeben.

Umweltschützer*innen in Peru sehen sich mit zahlreichen Umweltvergehen konfrontiert, etwa mit illegalem Bergbau (aus dem 22 bis 28 Prozent des Goldes stammt), illegalem Holzeinschlag (der 37 Prozent der Holzproduktion Perus ausmacht) und illegalem Wildtierhandel (zwischen 2000 und 2018 wurden mehr als 79.000 lebende Wildtiere beschlagnahmt).

In Peru haben Bedrohungen und Angriffe auf Umweltschützer*innen in den letzten Jahren zugenommen, vor allem im Amazonasgebiet. Fast 75 Prozent der Morde an Umweltverteidiger*innen in Peru ereigneten sich im Amazonasgebiet. 2020 und 2021 wurden 12 von ihnen ermordet. Eine der gefährlichsten Gegenden ist das Grenzgebiet zwischen den Regionen Huánuco, Ucayali und Pasco. Die Zunahme des Drogenhandels hat die Spannung und Gewalt im Amazonas erhöht. In Ucayali wurden seit 2015 zehn indigene Anführer ermordet, die meisten, nachdem sie gefordert hatten, dass die Coca-Anbauer ihre Territorien verlassen. In Loreto stehen die meisten Konflikte im Zusammenhang mit illegalem Holzeinschlag, organisierter Kriminalität und Drogenhandel, aber auch mit der Ausbeutung von fossilen Brennstoffen und Infrastrukturmaßnahmen.

Das ABC der Umweltschützer*innen nennt und erklärt auch nationale und internationale Instrumente und Abkommen zum Schutz der Umweltschützer*innen.

Aufruf: Bauen wir unser Land wieder auf!

Ein Zusammenschluss von über 100 Organisationen ruft dazu auf, dass sich die Zivilgesellschaft das Land „zurückerobern“ muss. Regierung und Parlament seien für die Aushöhlung der Grundrechte Bildung, Gesundheit, Ernährungssicherheit sowie der Rechte von Frauen und indigener Gemeinschaften verantwortlich. Das Bündnis fordert drei konkrete Maßnahmen: eine zivilgesellschaftliche Agenda mit konkreten mittel- und langfristigen Vereinbarungen, politische und Wahlrechts-Reformen sowie vorgezogene Parlamentswahlen. Ein erster Schritt ist die Mobilisierung der Zivilgesellschaft zu einem symbolischen, öffentlichen Akt. Leitgedanke: Unsere Fahne gemeinsam wiederherstellen“.

Den Aufruf und alle Unterstützer-Organisationen können Sie [hier](#) lesen.

„Volkshochschule für Menschenrechte“ startet im September

Die Volkshochschule für Menschenrechte“ soll ein Ort des Austauschs und der Fortbildung für Jura-Studierende aus den Anden und dem Amazonasgebiet sein, die sich für die Verteidigung der Rechte der indigenen Völker einsetzen. Es werden Kenntnisse zur juristischen Verteidigung der Rechte dieser Gruppen vermittelt. So soll ein aktives Netzwerk für eine juristische Strategie zum Schutz der Menschenrechte in Amazonien und den Anden geschaffen werden.

Die siebenwöchige Ausbildung in Quillabamba ist ein gemeinsames Projekt der Menschenrechtsorganisation IDL, der Interkulturellen Universität Quillabamba, der NGO Forest People Programme und der Universität von Coimbra.

Die Infostelle hatte die Crowdfunding-Initiative für dieses Projekt unterstützt.

Filmfestival in Lima

Der [Spielfilm](#) „Willaq Pirqa, el cine de mi pueblo“ (Willaq Pirqa, das Kino für mein Dorf) wurde beim [26. Filmfestivals von Lima](#) als bester peruanischer Film ausgezeichnet. Der Film, der in Quechua mit spanischen Untertiteln produziert wurde, erzählt die Geschichte des zehnjährigen Sistu und seiner kleinen Gemeinde in den Anden von Cusco, die den Zauber des Kinos entdecken.

Eines Tages erfährt Sistu, dass ein „Wanderkino“ in das Dorf gekommen ist. Begeistert geht er jede Woche hin und kehrt zurück, um seiner Gemeinde zu berichten, was er gesehen hat. Bis er eines Tages überrascht feststellt, dass das Kino nicht mehr da ist. Sistus Enthusiasmus, seiner Gemeinschaft weiterhin Geschichten zu erzählen, bringt ihn dazu, sein eigenes Kino zu schaffen, mit seinen eigenen Schauspieler*innen, seiner eigenen Kultur und vor allem in seiner eigenen Sprache.

Beim diesjährigen Filmfestival in Lima wurden 57 Werke präsentiert, darunter Spiel- und Kurzfilme. Der Film wurde von der Jury einstimmig ausgewählt „für die besondere Fähigkeit, eine große Bandbreite von Werten darzustellen, wertzuschätzen und zu diskutieren sowie eine Vielfalt von Themen zu zeigen, die für die andinen Dorfgemeinschaften in Peru typisch sind, und dabei magisch-religiöse Elemente der andinen Kosmovision zu wiederzuentdecken“.

50 Jahre Theater Yuyachkani

Die Theatergruppe Yuyachkani hat zu ihrem 50jährigen Bestehen ein [Kurzvideo](#) produziert, das einen virtuellen Spaziergang durch ihre Räume beinhaltet und die Mitglieder des Theaterkollektivs vorstellt. Inhaltlich beschäftigt sich das renommierte Teatro Yuyachkani in Lima mit politischen und sozialen Themen. Mit dem Stück „Contrael viento“ war die Gruppe 1991 auf Einladung der Infostelle Peru auf Tournee in Deutschland. Letztes Jahr hat sie zusammen mit dem Cargo-Theater Freiburg das Stück „Intercambios“ produziert (siehe [Beitrag](#) im letzten InfoPeru).

Die Infostelle Peru gratuliert herzlich zu 50 Jahren engagiertem, kreativem und beeindruckendem Theaterschaffen!



Seit 50 Jahren besteht die Theatergruppe Yuyachkani. (© Rocío Silva Santistéban)

Lesetipp: Kriegsfotographin Vera Lentz erzählt aus ihrem Leben

Die deutsch-peruanische Fotographin Vera Lentz hat die Gräueltaten des bewaffneten Konflikts zwischen dem „Leuchtenden Pfad“ und den peruanischen Streitkräften in den 80-er und 90-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit eindrücklichen dokumentiert. Ihre Fotos sind wertvolle Zeitzeugnisse und sind in mehrere Ausstellungen über den Bürgerkrieg aufgenommen. In diesem [lesenswerten Interview](#) mit Isabelle Enzenbach, erzählt Vera Lentz aus ihrem Leben und wie sie dazu kam, praktisch auf eigene Faust, den Bürgerkrieg zu dokumentieren.

<https://visual-history.de/2022/07/04/enzenbach-lentz-bilder-der-gewalt-ich-finde-man-muss-es-zeigen/>

Bildband dokumentiert Ausgrabung und Identifizierung der Opfer von Chuschi

Im Andendorf Chuschi in Ayacucho verbrannten 1980 vier Studierende die Wahlurnen und gaben damit den Auftakt zum gewaltsamen Konflikt zwischen dem Leuchtenden Pfad und den peruanischen Streitkräften. Vier Jahre später wurden am selben Ort acht Bauern ermordet und in einem Massengrab verscharrt. Chuschi war aber auch der erste Ort, an dem das „Equipo Peruano de Antropologia Forense EPAF“ mit seiner archäologisch-ethnologischen Methode akribisch die sterblichen Überreste freilegte, die Toten identifizierte und damit ihren Familien zurückgab.

Eine Ausstellung im Lugar de la Memoria in Lima dokumentierte diese Arbeit. Sie ist nun im Online-Katalog [„Chuschi – las ausencias para vivir manhana“](#) allgemein zugänglich.

Abkommen von Escazú: Ratifizierung zum zweiten Mal abgelehnt

Der peruanische [Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten](#) hat zum zweiten Mal die Ratifizierung des Abkommens von Escazú abgelehnt. Das internationale Abkommen, 2018 von 22 lateinamerikanischen Staaten unterzeichnet und mittlerweile von 13 Ländern ratifiziert, sichert die Einhaltung von indigenen, Umwelt- und Menschenrechten. Der Ausschussvorsitzende Ernesto Bustamante argumentierte, das Abkommen sei überflüssig, da Peru bereits die nötigen gesetzlichen Regelungen zum Schutz der Umwelt und der Menschenrechte umsetze. Die Abgeordnete Donayre stimmte dem zu und kritisierte, das Abkommen wolle die Raumordnungsverfahren von internationalen NGOs kontrollieren lassen. Das Abkommen würde zudem die Eigentumsrechte und die Freiheit der Unternehmen einschränken. Die Ratifizierung wurde mit zehn Stimmen bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

„Linker“ Präsident gegen linke Lehrergewerkschaft und Rotes Vaterland

Die „Derrama Magisterial“ ist eine private Sozialversicherung von und für Lehrer*innen, die in staatlichen Schulen tätig sind. Die Mitglieder, ca. 280.000 Lehrer*innen, müssen auch einen Teil ihres Lohnes dafür abgeben. Im Gegenzug bietet Derrama Magisterial Kredite, Unterstützung z.B. bei Todesfällen oder Fortbildungen. Aber sie besitzt auch neun Hotels, u.a. in Asia (südlicher Strand bei Lima), in Arequipa, Ayacucho, Cusco, Ica (Oase Huacachina), Nasca und in Tarapoto. Ihr Führungsgremium setzt sich aus Mitgliedern der Lehrergewerkschaft SUTEP, der Gewerkschaft der „Educación Superior“ und des Erziehungsministerium zusammen. Delikat und politisch relevant ist, dass die vier Vertreter*innen der linken Lehrergewerkschaft SUTEP Mitglieder der maoistisch ausgerichteten Partei „Patria Roja“ (Rotes Vaterland) sind.

Der jetzige Präsident Perus, der ehemalige Lehrergewerkschafter Pedro Castillos, hatte schon vor den Wahlen eine eigene Abspaltung der Lehrergewerkschaft gegründet. Er will jetzt die [Statuten der Derrama Magisterial](#) unter anderem so ändern, dass die Wahl des Führungsgremiums nicht nur durch die Lehrergewerkschaft SUTEP durchgeführt wird, sondern im Sinne „ein Lehrer eine Stimme“ von allen Lehrer*innen der staatlichen Schulen Perus (Wilson Quispe Mamani, Partei Peru Libre).

Der peruanische Unternehmerverband (CONFIEP) spricht sich gegen das entsprechende Dekret 009-2022 aus und betont dabei den Schutz des Privateigentums.

Nicht vergessen: Das Massaker von Bagua vor 23 Jahren

Am 6. Juni 2009 protestierten indigene Organisationen gegen eine Serie von Gesetzen, die wichtige kollektive Rechte der indigenen Völker des amazonischen Regenwaldes verletzen. Bei den Protesten starben 33 Personen, sowohl Mitglieder der indigenen Organisationen als auch Polizist*innen.

Wir unterstützten als Informationsstelle Peru die Organisationen und forderten die Bestrafung der für den Polizeieinsatz politisch Verantwortlichen. Darüber hinaus riefen die peruanische Menschenrechtskoordination und andere Organisationen angesichts erneuter Gesetzesvorhaben des peruanischen Parlaments dringend dazu auf, die damals zum Aufstand führenden Forderungen endlich einzulösen. Genannt werden:

- Besserer Schutz der Verteidiger*innen von Umwelt- und Menschenrechten,
- Schutz der indigenen Bevölkerung angesichts der dauernden Erdölaustritte und Entschädigungen für die davon betroffenen Dorfgemeinschaften,
- eine intensive und schnelle Durchführung der öffentlichen Anerkennung indigener Territorien (Titulierung), d.h. indigener Dorfgemeinschaften,

- Einhaltung der freien, informativen und transparenten Vorab-Konsultation,
- Durchsetzung der Gesetze zum Schutz der nicht kontaktierten indigenen Völker,
- besserer Schutz gegen Menschenhandel und Zwangsarbeit sowie
- eine wirkliche Verbesserung der interkulturellen Bildung und Gesundheitsvorsorge;

All dies sind Forderungen, die wir als Informationsstelle Peru ebenfalls immer wieder erheben und für deren Durchsetzung wir uns engagieren.

Aus: Grupo de Trabajo sobre Pueblos Indígenas der Coordinadora Nacional de Derechos Humanos, Lima, 5.7.22

4.735 Hektar der ältesten Stadt Lateinamerikas, Caral, gerettet

Der archäologische Komplex Caral wird als älteste Stadt Amerikas gesehen. Sie existierte vor ca. 5.000 Jahren und liegt 182 Kilometer nördlich von Lima, im Tal des Supe-Flusses und 30 km vom Atlantischen Ozean entfernt. In dieser Region lebten Menschen bereits vor 11 bis 12.000 Jahren von der Fischerei, der Jagd oder dem Gemüseanbau. Sie kultivierten bereits verschiedene Bohnensorten, Süßkartoffeln, Ajies, Kürbisgewächse und Früchte wie Papayas – und das weit vor der Nutzung von Kartoffeln oder Mais. Die Bevölkerung bestand aus ca. 20 bis 25.000 Menschen. Die Stadtplanung war sehr weitsichtig: Sakrale Bauten und Wohnhäuser wurden außerhalb der landwirtschaftlich genutzten Fläche errichtet.

In diesen so wichtigen Komplex, als Heilige Stadt Caral bezeichnet und von der UNESCO im Juni 2009 zum Weltkulturerbe erklärt, drangen während der Hochzeit der Coronapandemie ab 2020 Landbesetzer mit schwerem Gerät ein, um z.B. Avocados anzubauen. Die Leitung hatte Alejandro R. Solís Saavedra, Direktor der Asoc. Agrícola Caral mit dem Schwerpunkt des Anbaus von Avocados (Sorte Hass) für den Export nach Polen und Russland.

Die leitende Archäologin und weitere Personen aus dem Ausgrabungsteam erhielten anonyme Morddrohungen wie diese: „(...) Wir wissen, wo ihr euch bewegt. (...) Zusammen mit dieser Sch...-Alten werdet ihr fünf Meter unter der Erde enden...“

Es dauerte Monate, bis im Juni 2022 Polizisten, begleitet von Personal des Innen- und Kulturministeriums die Invasoren ohne Zwischenfall vertreiben, die illegal angepflanzten Avocadoplantagen beseitigen und somit wichtige Teile dieses Weltkulturerbes retten konnten.

<https://www.servindi.org/actualidad/03/07/2022/avanza-recuperacion-de-areas-invadidas-en-caral>; <https://elcomercio.pe/tecnologia/ciencias/coronavirus-caral-denuncian-invasion-de-zona-arqueologica-de-caral-durante-la-cuarentena-noticia/>

Ukraine-Krieg: Die Nachfrage nach Palmöl betrifft auch den Amazonas-Regenwald

Indonesien, mit einem Anteil von 60 Prozent der weltgrößte Produzent von Palmöl, hat seit Mai die Ausfuhr von Palmöl eingestellt. Dies hat die globale Nachfrage nach diesem Produkt erhöht.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine – beide Länder sind wichtige Produzenten von Sonnenblumenöl – hat zu einem Rückgang der Versorgung des Weltmarkts für Speiseöl durch diese beiden Länder geführt.

Indonesien verbraucht ein Drittel seines Palmöls im eigenen Land. Jetzt ist der nationale Markt mit starken Preissteigerungen konfrontiert. Außerdem beabsichtigen die indonesischen Produzenten, ihre Lagerbestände auf den Weltmarkt zu exportieren, um von den dortigen Preissteigerungen zu profitieren. Die Preise für Speiseöl stiegen dort im März nach Angaben der FAO um 8,5 Prozent. Also haben die indonesischen Behörden die Ausfuhr von Palmöl verboten, um der Versorgung des internen Marktes Vorrang einzuräumen.

Experten haben deshalb darauf aufmerksam gemacht, dass dies zu einer Ausweitung der Produktion führen und Auswirkungen auf den amazonischen Regenwald vor allem in Kolumbien und Peru haben könnte. Das wird den Druck auf Amazonien erhöhen, weil sich dort große Palmöl-Plantagen befinden und gefördert werden.

So ist der im Februar begonnene Krieg Russlands gegen die Ukraine in Peru und Kolumbien angekommen. Nach offiziellen Zahlen ist der Palmölverkauf Perus an andere Länder von 27.500 Tonnen im ersten Trimester 2021 auf 31.200 Tonnen im selben Zeitraum 2022 gestiegen. Aus Kolumbien wurden im ersten Trimester 2021 96.000 Tonnen, im selben Zeitraum 2022 198.000 Tonnen Palmöl exportiert, dessen Anbau dort (auch ohne die aktuellen Weltmarktanreize) am Anwachsen ist.

<https://ojo-publico.com/3521/la-guerra-y-la-demanda-de-aceite-de-palma-presionan-la-amazonia>

Appetitzügler: Der dritte Sonntag im Juli ist Tag des Brathähnchens

Jedes Jahr am dritten Sonntag im Juli wird er in Peru gefeiert, der „[Tag des Brathähnchens](#)“, wo allein in Lima rund 2.500 Hühnerbratereien vor allem am Wochenende mit den „*Pollos a la brasa con papas fritas*“, den Brathähnchen mit Pommes frites, ihr Geschäft machen. Ungefähr 135 Millionen Hähnchen werden so jährlich im Land verspeist und als typisch peruanisch deklariert. Angeblich kam diese Kombination aber aus der Schweiz nach Peru. Störender als das dürfte sein, dass der Mais, der in den peruanischen Geflügelfarmen verfüttert wird, meist aus dem Ausland kommt – etwa 3.600 Tonnen jährlich, das meiste davon aus dem Nachbarland Bolivien. Die benötigte Holzkohle (allein in Lima circa 800.000 Säcke jährlich) stammt allerdings aus den Johannisknobelbäumen der Trockenwälder an Perus Nordküste sowie dem Regenwald. 2021 wurden so etwa 13.000 Hektar Wald vernichtet, hat die Regionalregierung Piura errechnet.

Für die begehrte Beilage zum Huhn, die Pommes frites, werden die Kartoffelstäbchen tonnenweise als Gefriergut von Belgien und Holland ins Kartoffelland Peru exportiert.

Bedenkt man die absurden Handelswege und dazu die Tierhaltung mit den üblichen „Beigaben“ von Hormonen und Antibiotika, wird der Genuss von Brathähnchen in Peru in vielerlei Hinsicht unappetitlich.

Auch in Deutschland ist das Grillhendl ein beliebtes und preisgünstiges Alltagsgericht. Allein auf dem [Oktoberfest](#) in München wurden 2019 435.000 Brathendl verkauft. Große Mastanlagen, Antibiotika, Wasserbelastung und –konsum sind enorm... einen Tag des Brathähnchens würden wir auch für Deutschland nicht empfehlen.

Der Ethnologe Ludwig Huber ist gestorben

Ludwig Huber, geboren 1949, war seit 1990 Projektleiter beim IEP (Instituto de Estudios Peruanos) und Professor an den Universitäten Cristobal de Huamanga (Ayacucho) und San Marcos (Lima). Er beschäftigte sich intensiv mit Fragen zur ländlichen Entwicklung, mit den Ursprüngen der Korruption, sozialen Konflikte etc. Der in Nürnberg geborene Professor berichtete häufig gegenüber Freunden und Kollegen von dem Verlust des fränkischen Dialektes, dem Erlernen des Bayerischen und des Hochdeutschen. Für ihn förderte diese Problematik der Sprachidentität das Verständnis der indigenen Bevölkerung Perus. Zu seinen Kollegen sagte er, dass er die indigene Bevölkerung Perus gut verstehe, weil er, in einem kleinen Dorf bei Nürnberg geboren, zunächst seinen fränkischen Dialekt verlernen, dann nach Umzug nach München den bayerischen Dialekt lernen und später im Studium in Berlin Hochdeutsch sprechen musste. Sein Interesse für Peru entstand beim Lesen der Bücher von José María Arguedas. Bahnbrechend waren u.a. seine Studien über die Rondas Campesinas in Piura. Wichtig war seine Mitarbeit in der Wahrheits- und Versöhnungskommission zur Aufarbeitung der brutalen Verbrechen des Leuchtenden Pfads und des Militärs. Interessant sind seine Arbeiten über den sog. „Etnocacerismo“, eine andine ideologische Doktrin, die die Rückgabe Perus an seine ursprüngliche Bevölkerung und die gleichzeitige Rückdrängung von Zuwanderern an ihre Ursprungsorte vorsieht. Ludwig Huber starb am 19. Juni 2022 nach schwerer Krankheit.

<https://iep.org.pe/noticias/ludwig-huber-1949-2022/>

Rondas Campesinas halten Frauen wegen angeblicher Hexerei gefangen

Sieben Frauen und ein Mann wurden von den „Rondas Campesinas“ im Weiler Carhuacocha, Distrikt Pataz, Departament La Libertad im Norden Perus mehrere Tage gefangengenommen, entführt und angeblich misshandelt. Der Grund: die Frauen und der Mann hätten mit Hexerei

Schaden angerichtet. Nachdem die Entführung öffentlich wurde, ließen die „Ronderos“ die Gefangenen am 12. Juli 2022 wieder frei.

Der Vorfall führte zu einer öffentlichen Diskussion um die „Rondas Campesinas“. Als traditionelle ländliche Bürgerwehren – ursprünglich gegen Viehdiebe, aber auch in der Abwehr gegen den Leuchtenden Pfad – haben sie in Peru eine legale Funktion und sich auch Verdienste erworben. Sie treten aber auch in Erscheinung als selbsternannte „Moralwächter“ nicht nur gegen Straftäter, sondern auch gegen Homosexuelle, Frauen und „Abweichler“. Mit diesen Aktionen geraten sie in Konflikt mit den modernen Menschenrechten.

Hier erläutern vier Spezialisten ihre Sicht auf die Vorfälle in La Libertad <https://convoca.pe/convoca-verifica/reportaje/que-dicen-expertos-en-derechos-humanos-sobre-los-ultimos>

Auch Tarcila Rivera äussert sich zum Vorfall <https://www.infostelle-peru.de/indigene-und-regenwald/wenn-die-tradition-gegen-die-frauen-und-persoenslichkeitsrechte-geht-muss-sie-veraendert-werden/>

Zusammengestellt und übersetzt von

Hildegard Willer, Heinz und Trudi Schulze, Svenja Pesch, Annette Brox

4. ISP-News und Hinweise- August 2022

Ein neues Rollenspiel, ein Austausch der Klimapartnerschaften und ein Aufruf zur Unterzeichnung einer Petition.

Neues Material zu Globalem Lernen: Rollenspiel Deutsch-peruanische Klimapolitik

Für das diesjährige Peru-Seminar hat die Infostelle Peru ein Rollenspiel zur deutsch-peruanischen Klimapolitik entwickelt. Das Material dazu steht jetzt auf unserer Homepage und kann [hier](#) heruntergeladen werden, um es in Gruppen oder auf Seminaren zu verwenden. Wir freuen uns über Rückmeldungen!

Austausch der deutsch-peruanischen Klimapartnerschaften

Gemeinsam mit dem Klima-Bündnis hat die ISP im Juli zu einem Austauschtreffen der drei Städte eingeladen, die eine Klimapartnerschaft mit einer Gemeinde im peruanischen Amazonasgebiet unterhalten: München pflegt schon seit vielen Jahren eine Partnerschaft mit dem Volk der Asháninka, Kölns Umweltbürgermeister ist auf dem Weltklimagipfel 2016 ins Gespräch mit Vertretern der Shipibo in Yarinacocha gekommen, woraus dann eine Klimapartnerschaft

entstanden ist, und die Stadt Freiburg hat seit 2019 eine Klimapartnerschaft mit zwei Gemeinden in der Region Cusco.

Das erste Treffen diente dem Kennenlernen und dem ersten Austausch von Erfahrungen, Erfolgen und Herausforderungen. Das war so interessant und bereichernd, dass es im Oktober eine Fortsetzung geben wird. Später sollen auch die peruanischen Partner*innen dazu eingeladen werden.

Jetzt unterzeichnen: YES EU CAN – Petition für ein europäisches Lieferkettengesetz läuft noch!

Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen bei den Kupferminen im Hochland und auf Spargelfeldern an der Küste... Nicht nur in Peru, überall auf der Welt leiden Mensch und Natur in den Wertschöpfungsketten europäischer Unternehmen. Freiwillig ergreifen die meisten Unternehmen keine ausreichenden Maßnahmen, um Menschenrechte und die Umwelt zu schützen. Deshalb braucht es ein starkes europäisches Lieferkettengesetz. Und die Petition an den Bundeskanzler braucht noch weitere Unterschriften.

Die Informationsstelle Peru, als Mitglied der Initiative Lieferkettengesetz, bittet Euch noch mal, die Petition [hier](#) zu unterzeichnen.

Wer noch mehr tun möchte, kann sich [hier](#) informieren.





5. Ein Bischof im Zentrum des Klein-Bergbaus

Bischof Reinhold Nann über ermordete Bergleute, warum er wenig Hoffnung in einen politischen Wechsel setzt und über Missbrauchsskandale in der peruanischen Kirche.

Reinhold Nann, geb. 1960 in Breisach (Erzdiözese Freiburg), ist seit 26 Jahren als katholischer Priester an verschiedenen Orten Perus tätig. Seit 2017 ist er Bischof der Apostolischen Prälatur Caraveli, die den südlichen Teil von Ayacucho und den nördlichen Teil von Arequipa umfasst.

InfoPeru: Ihre Prälatur liegt in einem der Hauptgebiete des informellen und formellen kleinen und mittleren Goldbergbaus. Im Juni dieses Jahres kamen beim gewaltsamen Zusammenstoß zwischen Bergleuten 14 Menschen ums Leben. Was war geschehen?

Es ging um die Mine Calpa, zwischen Atico und Caraveli auf ca. 1000 Metern Höhe gelegen. Die Gegend dort ist sehr trocken und unfruchtbar, das Gold wird im Untertagebau abgebaut. Eine peruanische Bergbaufirma namens „Intigold“ aus Lima besitzt die Konzession zum Goldabbau, musste 2016 aber wegen fehlender administrativer Voraussetzungen schließen. Die Firma machte daraufhin einen Deal mit der Vereinigung informeller Goldschürfer, der Asociación „Calpa Renace“. Die Bergleute durften in der Mine schürfen, mussten aber 10% des Gewinns an Intigold abtreten. Jedes Jahr forderte Intigold mehr Anteil am Gewinn, zuletzt 40%. Die Bergleute von „Calpa Renace“ weigerten sich daraufhin zu bezahlen. Intigold schickte bezahlte Söldner ins Minencamp, um die Bergleute einzuschüchtern. Am 2. Juni überfielen sie das Camp der Bergleute, 14 Menschen starben dabei. Der Konflikt war den Behörden bekannt, es waren 14 Polizisten anwesend, die aber nicht einschritten.

Wie sieht es heute aus in der Mine und wie wichtig ist der Bergbau für die Menschen in Caraveli?

Offiziell ist die Mine von der Polizei besetzt und geschlossen, aber informell wird weiter gearbeitet. Seit der Goldpreis immer höher gestiegen ist, ist der Bergbau für die Menschen in Caraveli eine wichtige Einnahmequelle. Früher lebten die Leute vor allem von der Landwirtschaft. Heute, so schätze ich, leben 50% vom Bergbau – sei es als informelle oder formelle Bergleute. Der Ort Relave z.B. hatte vor 20 Jahren 500 Einwohner*innen – heute sind es 5000. Während der Pandemie stieg die Zahl sogar auf 9000 Personen an, weil Bergbau eine der wenigen erlaubten Tätigkeiten war.

Vor allem im Hauptort Chala an der Küste haben wir verschiedene Betriebe, die die Steine aus den vielen kleinen Bergwerken mahlen und das Gold herauslösen.

Bei Konflikten zwischen den Bergleuten und Konzessionsinhabern ist es von außen schwer zu sagen, wer Recht hat. Die meisten Menschen hier zeigen keinen Widerstand gegen den Bergbau, der ja ihre Einkommensquelle ist, sondern finden ihn gut.

Kommen wir noch auf die Politik zu sprechen. Mit Ihrer langjährigen Erfahrung in Peru, wie erlebe Sie die aktuelle politische Situation im Land?

In den letzten 20 Jahren ist Peru wirtschaftlich gewachsen, vielen Menschen geht es wirtschaftlich besser. Auch das Justizwesen ist nicht mehr ganz so korrupt wie früher. Aber die Polarisierung in der Politik hat leider auch zugenommen. Vor allem die Menschen in der Provinz sehen die Politikercliquen in der Hauptstadt mit großem Vorbehalt. Die letzten Präsidenten sind alle wegen Korruption angeklagt gewesen.

Deswegen haben in Caraveli auch über 80% für Pedro Castillo gestimmt, also für einen Kandidaten, der sie als Landbevölkerung repräsentiert. Aber von ihm sind sie nun auch enttäuscht, weil er keine Ergebnisse vorzuweisen hat und es auch gegen ihn Korruptionsklagen gibt.

Es ist sehr schwer, in Peru eine Regierung zu bilden, die die Interessen der großen Städte und des Landes zusammenbringt.

Die NGO Transparencia fordert Neuwahlen für Präsident und Parlament. Aber das Risiko ist groß, dass bei der jetzigen Situation dann zwei Kandidaten der Extreme übrigbleiben und wir letztlich dieselbe Situation haben wie vor einem Jahr.

Die Pandemie hat das Land zusätzlich polarisiert. Ich denke, dass Pedro Castillo seine Amtszeit vorzeitig beenden wird, und hoffe, dass bis dann ein besserer Kandidat auftaucht.

Noch eine Frage zur katholischen Kirche. In Deutschland ist die Kirche wegen ihres Umgangs mit sexuellen Missbrauchsskandalen stark in der Kritik. Zuletzt hat das katholische Hilfswerk Adveniat offengelegt, dass einige Priester nach Südamerika entsandt wurden, damit sie der Strafverfolgung in Deutschland entgehen. Hier in Peru haben Journalisten die Übergriffe der rechtskatholischen Sekte Sodalitium Vitae Donae aufgedeckt, die sich alle in der oberen Mittelschicht abspielten. Die Dunkelziffer an Missbrauchsfällen, gerade in ärmeren Gemeinden, dürfte erheblich sein. Ist die Aufdeckung eventueller sexueller Missbräuche durch ihre Kleriker Thema in der peruanischen Bischofskonferenz?

Ich bin sehr betroffen von dem Adveniat-Bericht. Ich hätte nicht gedacht, dass der Missbrauch ein solches Ausmaß hat. Der sexuelle Missbrauch betrifft auch nicht nur konservative Gemeinschaften, sondern die gesamte Kirche und hat mit der nicht geklärten Sexualität einiger Kleriker zu tun.

Die Kirche hat wahrlich keinen Grund, sich als Moralapostel in Sachen Sexualität aufzuspielen.

Innerhalb der Bischofskonferenz wird das Thema sehr unter dem Deckel gehalten. Die Diözesen sind angehalten, nun sogenannte „Centros de Escucha“ einzurichten, also Melde- oder Beratungsstellen. Dies hängt von jeder Diözese ab und die Meldestellen sind auch nicht unabhängig, wenn der Bischof das Personal einsetzt. Ich hoffe dennoch, dass die präventiven Maßnahmen, die im Moment in meiner Prälatur und in vielen Diözesen eingeführt werden mit der Zeit greifen und Missbrauch in Zukunft wirksam verhindern können.

Noch ist der sexuelle Missbrauch durch Priester – außerhalb der kleinen Gruppe des Sodalicio – kein Thema in Peru. Doch wenn das Thema auf den Tisch kommt, könnte dies ein ähnliches Erdbeben wie in Chile auslösen. Dort hatte die gesamte Bischofskonferenz wegen ihres Umgangs mit Missbrauchsfällen ihren Rücktritt eingereicht. Das öffentliche Vertrauen in die katholische Kirche Chiles ist seitdem erheblich geschwunden.

Das Gespräch führte Hildegard Willer

6. Glencore verletzt kollektive Rechte beim Kupferprojekt Coroccohuayco

Kupferabbau in Espinar: Glencore kauft Land für 65 Dollar pro Hektar für neues Abbauprojekt.

Das Schweizer Bergbauunternehmen Glencore plant den Abbau des Kupfervorkommens in Coroccohuayco in der Provinz Espinar mit einer geschätzten Investitionssumme von 590 Millionen US-Dollar. Damit wäre Glencore weitere 30 Jahre in Espinar aktiv.

Von diesem Projekt sind drei indigene Gemeinschaften direkt betroffen. Dabei handelt es sich um Huano Huano, Pacopata und Huini Coroccohuayco, wo das Bergbauunternehmen nach Angaben des Präsidenten der Gemeinde Pacopata, Felipe Kana, die 408 Hektar Land für das Projekt angeblich zu einem Preis von 65 US-Dollar pro Hektar und mit bösen Absichten erworben hat. In einem [Video der Kampagne „Espinar No Puede Esperar“](#) äußert sich Felipe Kana zu den Details der Vorgänge, die nun der Grund für Konflikte und Probleme bei der Umsiedlung in den Gemeinden sind.

Er fordert ein Sorgfaltspflichtengesetz, „damit das Unternehmen Verantwortung übernimmt, damit es die Umwelt und die Bevölkerung nicht beeinträchtigt. Wir werden nicht zulassen, dass unsere Rechte weiter verletzt werden“, sagt er.

Rechtliche Hintergründe

Ana Leyva, Rechtsanwältin und stellvertretende Direktorin von CooperAcción, weist darauf hin, dass die zunehmende Bergbautätigkeit in Espinar dazu geführt hat, dass den Gemeinden Land abgekauft wurde, als ob es sich um Privateigentum und nicht um kommunales oder indigenes Gebiet handelte.

„Das ist ein großer Unterschied, denn eine Sache ist ein Stück Land, ein Stück Land für den Ackerbau, und eine ganz andere Sache ist ein Lebensraum, in dem eine Gemeinschaft alle ihre Aktivitäten ausübt, nicht nur produktive, sondern auch kulturelle, also ihr Leben lebt“, erklärt sie.

In einem [Video-Interview](#) erklärt Leyva weiter, wie kollektive Rechte bei Projekten wie Coroccohuayco verletzt werden, weil die peruanische Gesetzgebung keine Untersuchung der Auswirkungen von Bergbauprojekten auf kollektive Rechte vorsieht.

Für den Anwalt des Instituto de Defensa Legal (IDL), Juan Carlos Ruíz, ist der Kauf von Land von den bäuerlichen Gemeinschaften eine Strategie von Glencore, um die vorherige Konsultation (consulta previa) zu umgehen. Diese Eigentumsübertragungen sind laut Ruíz nicht rechtmäßig und damit ungültig, da Artikel 7 des Allgemeinen Gesetzes über bäuerliche Gemeinschaften

besagt, dass Gemeinschaftsland nur verkauft werden kann, wenn zwei Drittel der qualifizierten Gemeindefürmitglieder dies beschließen. Die Strategie des Bergbauunternehmens bestehe jedoch darin, Land einzeln aufzukaufen. So verlieren die Gemeinden ihre territorialen Rechte als indigene Völker, z.B. das Recht, am Profit durch Bergbauaktivitäten auf ihrem Territorium teilzuhaben. Dies führt er auch in seinem [Video-Interview für die Kampagne „Espinar No Puede Esperar“](#) aus.



Foto: Derechos Humanos sin Fronteras

Vertreibung und Umsiedlungen

Das Coroccohuayco-Projekts wird zur Vertreibung der Bevölkerung führen, warnt Ana Leyva. Im Video-Interview fordert sie, dass Umsiedlungsprozesse internationalen Standards entsprechen müssen, auch wenn die peruanischen Normen dies nicht vorsehen.

Sie erklärt außerdem: „Diese Frage wurde in der Umweltverträglichkeitsstudie nicht erörtert, was angesichts der Auswirkungen auf die kollektiven Rechte der Gemeinden im Einflussbereich des Bergbaus eigentlich hätte geschehen müssen. Es gab auch keine Diskussion über die durchzuführenden oder geplanten Maßnahmen zur Schadensbegrenzung oder Entschädigung, und die Gemeindefürmitglieder hätten sich dazu äußern müssen, ob diese Maßnahmen angemessen sind oder nicht, denn sie kennen ihr Gebiet, aber es gab keine solche Gelegenheit.“

Angesichts der gesetzlichen Lücken und der Schwäche des peruanischen Staates sieht Ana Leyva, wie der Gemeindepräsident Felipe Kana, die Lösung darin, international verbindliche Regeln zur Sorgfaltspflicht von Unternehmen einzuführen.

Auf dem Weg zu einem EU-Lieferkettengesetz

Die deutsche Entsprechung für die Umsetzung dieser Sorgfaltspflicht ist das sog. „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“, das 2023 in Kraft tritt. Doch damit die Betroffenen in Peru, nicht nur im Fall von Corocohayco, sondern auch in zahlreichen anderen Konflikten um Bergbauprojekte, davon profitieren können, ist eine deutliche Verbesserung des deutschen Gesetzes notwendig. Denn Glencore ist ein Schweizer Unternehmen und Deutschland kein Land mit international tätigen Bergbauunternehmen. Die Aktivitäten deutscher Unternehmen beschränken sich in der Regel auf den Import und die Weiterverarbeitung von Rohstoffen. Und das deutsche Gesetz berücksichtigt diesen als „upstream“ bezeichneten Teil der Lieferkette nur ungenügend. Insbesondere für Peru ist daher ein EU-Lieferkettengesetz sehr wichtig.

Die Kampagne „Espinár No Puede Esperar“ fordert genau dies. In Deutschland setzt sich die [Initiative Lieferkettengesetz](#) für eine umfassende EU-weite Regelung ein, die die Schwächen im deutschen Gesetz korrigieren soll. Die Kampagne Bergbau Peru und die Infostelle Peru sind seit 2019 Teil dieses Bündnisses und unterstützen die Forderungen, insbesondere umweltbezogene Sorgfaltspflichten sowie Haftungsregelungen zu stärken, die es Betroffenen ermöglichen, Schadenersatz zu fordern. Dies wäre für Espinar so wichtig in den Fällen der schon bestehenden Minen Tintaya und Antapaccay, wo die Umwelt schon zerstört wurde und die Bevölkerung gesundheitliche Schäden erlitten hat – bis heute ohne rechtliche Konsequenzen für das Unternehmen.

Wer sich für ein wirksames europäisches Lieferkettengesetz einsetzen will, kann [hier](#) die Petition an Bundeskanzler Scholz unterzeichnen.

Silvia Bodemer

Unter Verwendung von Informationen von Derechos Humanos sin Fronteras (04.07.2022) und Informationen der Kampagne „Espinár No Puede Esperar“:

7. Serie Umweltheld*innen: Antony Oscategui

Antony Oscategui will aus seiner Heimat Cerro de Pasco eine gesündere Stadt machen.

Orte, an denen das Leben besonders mühsam ist, haben oft die schönsten Bräuche, Tänze, Rhythmen und Feste hervorgebracht. Die Heimatverbundenheit der Bewohner*innen hält über Generationen, auch wenn die Nachkommen schon längst nicht mehr dort wohnen.

Das gilt auch für die Bergbaustadt Cerro de Pasco. Schon allein die Lage auf 4300 Meter bürgt für ein anstrengendes Leben in Kälte, Wind und rauer Vegetation. Durch den Bergbau kommen vergiftete Abraumhalden und ein Riesen-Abbaukrater mitten in der Stadt hinzu. Cerro de Pasco ist heute ein Sinnbild für die Verwüstung und die Umweltschäden, die jahrhundertlang

Bergbautätigkeit zurücklassen. Hier wohnt Antony Oscategui, 25, der sagt, dass er seine Heimatstadt liebt und sich dafür einsetzt, dass sie lebenswert wird.



Antony Oscategui setzt sich für seine Heimatstadt Cerro de Pasco ein Foto: Elena Clenin

In Cerro de Pasco muss man den Anorak praktisch nie ausziehen, ganz egal wie strahlend die Sonne am blauen Himmel steht. Auch Antony Oscategui behält seinen dunkelblauen Anorak an, wenn er erzählt, wie er als Kleinkind mit seinen Förmchen und Schäufelchen und etwas Zucker zur Abraumhalde hoch stieg, um mit anderen Kindern Sandkuchen zu backen. „Wir waren Kinder, wollten einfach spielen.“ In der 5. Klasse war es mit der Unschuld vorbei. Der Lehrer brachte ihnen bei, dass Cerro de Pasco einer der meist verschmutzten Orte Perus ist. Dass die Hügel rund um die Stadt Abraum aus dem tiefen Krater sind, aus dem – mitten in der Stadt – Zink, Silber, Blei und Gold abgebaut werden. Und dass der Sand, mit dem der kleine Antony einst seinen Sandkuchen gebacken hat, voller Gift ist: Quecksilber, Blei, Cadmium, Arsen.

„Ich bin nicht gegen den Bergbau, aber er soll umwelt- und sozialverträglich arbeiten“, sagt der 25-jährige Antony Oscategui heute. Wer in Cerro de Pasco lebt, für den gehört Bergbau dazu. Antonys Vater Carlos ist seit über 20 Jahren Minenarbeiter. Anfangs noch mit einer Festanstellung, nach der Übernahme durch einen privaten Konzern in zeitlich befristeten Leiharbeitsverträgen.

Antony lebt mit seinem Vater, seiner Großmutter und zwei jüngeren Schwestern in einem der engen dunklen Reihenhäuschen inmitten von Cerro de Pasco. Die Eingangstür ist niedrig, die Treppen eng, lang und dunkel, fast wie ein Minenschacht. Der kräftige und große Antony muss sich bücken, um durch die Haustür zu kommen. Seine Mutter ist gestorben, als er 18 Jahre alt war. Heute ist Antony 25 Jahre alt und studiert Jura und Politikwissenschaften an der Universität von Huanuco. Vor allem aber ist er Aktivist für ein gesünderes Cerro de Pasco. Das Engagement

für seine Heimatstadt begann vor fünf Jahren, als er mit Freunden eine Jugendgruppe gründete: A Tajo Abierto – Im Tagebau– nannte sich die Gruppe. „Es ging uns vor allem darum, auch die positiven Seiten von Cerro de Pasco zu zeigen.“ Die Gruppe organisierte Kunstfestivals, lud Graffitikünstler aus dem ganzen Land nach Cerro de Pasco ein. Das Ergebnis kann man an vielen Häuserwänden in Cerro de Pasco sehen, die mit Wandmalereien bedeckt sind.



Zwischen Abraumhalden und einer Tagebauminne mitten in der Stadt ist Antony Oscategui in Cerro de Pasco aufgewachsen. Foto: Hildegard Willer

Erst als vor drei Jahren die Leute der NGO Labor ihn zu ihrem Jugendbildungsprogramm einluden, begann Antony sich stärker mit den nicht so schönen Seiten von Cerro de Pasco zu beschäftigen. „Ich erfuhr von den vielen Studien, die beweisen, wie hoch die Schwermetallbelastung ist.“ Eigentlich brauchte er die Studien dazu nicht. Wie alle Einwohner*innen von Cerro de Pasco kennt er die Familien, deren Kinder an Blutkrebs, Nasenbluten, unerklärlichen Kopfschmerzen, Unkonzentriertheit und nervösen Störungen leiden. Grund ist die hohe Schwermetallbelastung. Antony kannte auch [Esmeralda Martin](#), die vor zwei Jahren an ihrer Blutkrankheit starb, obwohl ihre Eltern immer wieder bei den Gesundheitsbehörden in Lima vorstellig geworden waren.

Eine auf sie abgestimmte ärztliche Behandlung gibt es in Cerro de Pasco nicht für diese Kinder. Genau dafür setzt sich Antony nun ein. Nicht alleine, sondern zusammen mit Betroffenen aus ganz Peru, die sich in der Plattform der von Schwermetallen belasteten Personen zusammengetan haben. Antony Oscategui hat dort das Amt des Jugendsekretärs inne. Immer wieder fährt er zusammen mit seinen Kollegen nach Lima, wird bei den Behörden vorstellig. Im Dezember 2021 war es endlich so weit: die damalige Premierministerin Mirtha Vasquez unterschrieb das Gesetzesdekret, nachdem die Betroffenen besondere ärztliche Behandlung erhalten würden. Leider war Mirtha Vasquez nicht lange im Amt, und mit dem Nachfolger harrt das Gesetz noch immer seiner Ausführungsbestimmungen.

Antony gibt dennoch nicht auf. Die Hürden sind aber nicht nur in der Hauptstadt, sondern bei den Behörden und dem Minenbetreiber selbst in Cerro de Pasco. Wenig Transparenz, korruptierte Behörden, klagt Antony. „Wenn ich mit jemandem von der Mine sprechen will, dann schicken die mich von Cerro de Pasco nach Lima, und in der Unternehmenszentrale in Lima sagen sie mir, ich solle mit ihrem Büro in Cerro de Pasco sprechen.“

Antony und seine Gruppe arbeiten gegen den Trend. Viele junge Menschen wollen Cerro de Pasco verlassen, sie sehen keine Zukunft mehr in ihrer Heimatstadt. Andererseits, so Antony, gibt es eine Gruppe junger Menschen, die sich mit ihm für ein besseres Cerro de Pasco einsetzt. „Wir verlangen nichts Unmögliches, sondern dass der Abbau umweltverträglich geschieht, dass wir endlich Trinkwasser bekommen.“ Denn in der 60.000-Einwohnerstadt ist nicht nur die Luft bleihaltig, sondern in fast 100 Jahren Bergbau haben es Behörden und Bergbaufirma nicht geschafft, die Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser zu versorgen. Mit den Ergebnissen einer jüngsten [Studie zur Schwermetallbelastung](#) in Cerro de Pasco möchten Antony und andere Engagierte eine internationale Klage gegen den Bergbaukonzern anstreben. „Erst wenn unser Fall auch international bekannt wird, wird sich etwas ändern.“

Wenn man Antony fragt, was ihn in Cerro de Pasco hält, gerät er ins Schwärmen: „Hier hatte ich eine Mutter, einen Vater, hier sind meine Leute.“ Das Wichtigste im Leben seien diese Beziehungen, und die hätte er in Cerro de Pasco. „Hier in Cerro de Pasco mag es kalt sein, aber die menschliche Wärme hält uns zusammen.“



Malerei an einem Haus in Cerro de Pasco. Entstanden beim Graffiti-Festival der Jugendgruppe A Tajo Abierto Foto: Hildegard Willer

Das Cerro de Pasco, von dem Antony träumt, und zu dem er beitragen will: „In 15 Jahren möchte ich ein Cerro de Pasco sehen, das Trinkwasser für alle hat. Ein Cerro de Pasco, das seine kranken Kinder medizinisch behandelt. Dass es regelmäßig öffentliche Berichte über die Verschmutzung gibt, und dass diese unter den Grenzwerten liegt. Und dass junge Menschen hier wieder eine Perspektive sehen.“

Gut kann man sich Antony als künftigen Politiker vorstellen, auch wenn er selbst sich eher als technischen oder administrativen Politikberater sieht, der die Grundlagen liefert, damit Politiker entscheiden können.

„Mit der Kälte hier in Cerro de Pasco haben wir zu leben gelernt“, sagt er zum Schluss des Gesprächs. „Aber nicht damit, dass wir kein Trinkwasser haben, und dass unsere Luft und unser Boden vergiftet sind.“

Hildegard Willer

8. “Wenn die Tradition gegen die Frauen- und Persönlichkeitsrechte geht, muss sie verändert werden”

Interview mit Tarcila Rivera, Aktivistin und Expertin für indigene Rechte und Identität.

Tarcila Rivera ist Präsidentin des Vereins Chirapaq und Menschenrechtsaktivistin. Sie gilt als eine der wichtigsten Aktivistinnen für indigene Rechte in Lateinamerika. Diego Salazar von der Nachrichtenplattform OjoPúblico sprach mit ihr über die Herausforderungen für die Demokratie in Peru, Rassismus und den Kampf für die Rechte der Frauen. Wir haben das Interview übersetzt und gekürzt. Den kompletten Beitrag auf Spanisch können Sie [hier](#) lesen. Wir danken OjoPúblico für die Erlaubnis zur Übersetzung und Veröffentlichung.

Was ist Rassismus heute und wie äußert er sich?

Schon lange fragen wir uns, warum alle indigenen Völker, insbesondere die Frauen, von der Politik, von staatlichen Investitionen und von der sozioökonomischen und kulturellen Entwicklung des Landes ausgeschlossen sind. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass es immer noch Ländern gibt, in denen immer noch diese völlig kolonialisierte und sogar kolonisierende Mentalität vorherrscht. Hier werden die Politik und die Einstellungen der Machthabenden von einem Blick von oben nach unten dominiert. Rassismus ist eine der schlimmsten Formen von Gewalt, weil er unser Selbstwertgefühl schwächt.

Sie greifen uns an, grenzen uns aus, machen uns schlecht, so sehr, dass wir glauben, wir seien wirklich Menschen ohne Rechte. Die Tatsache, dass wir von indigenen Völkern abstammen,

unsere eigenen Sprachen sprechen, in unseren eigenen geografischen Räumen leben und unsere eigenen kulturellen Ausdrucksformen haben – die in vielen Fällen für den Tourismus und als Folklore genutzt werden -, führt dazu, dass wir in den Medien nicht als soziokulturelle Akteur*innen anerkannt werden.

Das Ausmaß der verbalen Gewalt bei den letzten Wahlen in Peru, hat gezeigt, wie rassistisch und klassenorientiert unsere Gesellschaft nach wie vor ist. Auch die Pandemie hat den rassistischen und klassenorientierten Charakter des Staates offenbart. Wie kommt es, dass ein großer Teil der Bevölkerung von der offiziellen Aufmerksamkeit des Staates komplett ausgeschlossen wurde? Beschäftigung, durchschnittliches Monatseinkommen und öffentliche Dienstleistungen: in all diesen Bereichen wurden wir nicht berücksichtigt. Der Staat und unsere Eliten wollen sich nicht um die Randgebiete kümmern, die zum Beispiel Lima umgeben. Die Pandemie hat gezeigt, dass ein großer Teil der peruanischen Gesellschaft am Rande der staatlichen Politik steht. Vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Beschäftigung. Und die schlimmen Situationen, mit denen wir konfrontiert waren, wurden in einigen Fällen auch noch romantisiert. Zum Beispiel der Fall der so genannten "Wanderer", dem ein Hauch von Poesie verliehen wurde. Eine herzzerreißende Realität. Ganze Familien, die zu Fuß in ihre Herkunftsorte zurückkehren mussten, weil sie in Lima nicht das nötigste Einkommen zum Überleben sichern konnten. Oder Mütter, die mit ihren Kindern in den höchstgelegenen Teil des Dorfes gehen mussten, um eine Mobilfunkverbindung zu haben, damit ihre Kinder das benötigte Material herunterladen oder einer Unterrichtsstunde zuhören konnten. Und das wurde so dargestellt: "Oh, wie schön, sie sind den ganzen Weg auf den Berg gegangen, um eine Verbindung zu haben, damit ihre Kinder studieren können".

Wenn die Realität nicht schön und ganz und gar nicht romantisch ist, ist es eine Schande, dass Familien solche Situationen durchleben müssen, weil der Staat nichts unternimmt. Vielleicht hat die Berichterstattung dazu beigetragen, die Öffentlichkeit zu. Denn wer wusste schon von dieser Realität, wenn nicht eine Fernsehkamera oder der Staat davon Notiz nehmen würden? Es ist, als ob sie jahrelang verheimlicht worden wäre. Und die Pandemie hat sie uns mit einer Heftigkeit vor Augen geführt, die man nur schwer ignorieren kann. Auch wenn manche darauf bestehen wollen, dass "wir alle gleich sind". Leider sind wir in Peru nicht alle gleichberechtigt.

Und während die peruanische Regierung in einer Pandemie ankündigte, dass die Menschen sich häufig die Hände waschen sollten, hatten Tausende von Menschen in ihren Häusern kein sicheres Trinkwasser. All dies steht in schockierendem Gegensatz zu dem Bild des Erfolgs, das Peru in den letzten 20 Jahren seit der Rückkehr zur Demokratie vermittelt hat.

Natürlich, wenn man sich zum Beispiel die Hügel anschaut, jetzt, wo wir einen schrecklich nassen Winter haben, die Menschen, die unter Pappkartons leben, die kein Dach und keinen Boden haben, der sie schützt, die jeden Tag einen Kanister Wasser kaufen müssen, weil das Wasser nicht ankommt, die kein Abwassersystem haben. Wie kommt es, dass diese Menschen, Bürger*innen wie Sie und ich, für die staatlichen und lokalen Regierungen keine Priorität darstellen? Manche Gruppen verbreiten die Idee, dass die Untätigkeit der Regierung und die

Ungerechtigkeiten durch Spenden gemildert werden können. Wir, die indigenen Frauen, glauben nicht, dass Spenden irgendeine Art von Lösung darstellen. Die Menschen brauchen keine Geschenke und Almosen. Sie brauchen eine gute Ausbildung, Weiterbildungsmöglichkeiten und angemessene Arbeitsplätze. Wir und unsere Kinder müssten nicht betteln, wenn wir diese Möglichkeiten hätten. Wir müssten nicht in die Volksküchen zu gehen. Wir könnten vielmehr selbst oder genossenschaftlich organisiert ein eigenes Einkommen schaffen. Die Fähigkeiten und Kreativität sind vorhanden, aber die Versprechungen zur Beseitigung der Armut gehen nicht über Spenden hinaus.

Dient diese spendenorientierte Politik Ihrer Meinung nach also einer ähnlich perversen Funktion wie die Romantisierung des Kampfes gegen die Armut, von der wir vorhin gesprochen haben?

Sie macht die Realität unsichtbar und erlaubt es einigen wenigen zu sagen, dass sie "Gutes" tun, aber das hat keine wirkliche und dauerhafte Wirkung. Was wir fordern, ist eine bessere Verteilung der Ressourcen, so dass beispielsweise Unternehmen der Extraktivwirtschaft, die in unseren Territorien Erträgen erwirtschaften, keine Steuern hinterziehen. Die Einkünfte müssen gerecht verteilt und die Bedarfe der Bevölkerungsmehrheit wirklich berücksichtigt werden. Wir brauchen keine Geschenke oder besonderen Zugeständnisse. Wichtig sind Investitionen, damit wir alle einen durchschnittlichen, würdigen Lebensstandard erreichen können. Eine ausreichende Bildung zu haben, die es mir ermöglicht, wettbewerbsfähig zu sein, meinen Lebensunterhalt zu verdienen und ein Einkommen für meine Familie zu erwirtschaften, ist kein Privileg und sollte es auch nicht sein.

Wenn der Staat aber zulässt, dass Steuern hinterzogen werden, wenn das eingenommene Geld der Korruption zum Opfer fällt, und dann diese Ungleichheiten mit Spenden ausgleichen will, um so angeblich Hunger und Not zu bekämpfen, wird in Wirklichkeit nichts erreicht, außer Abhängigkeit zu erzeugen und uns ruhig zu stellen. Wir sind ein Volk mit einer Tradition der Arbeit, der Kreativität und der Widerstandsfähigkeit in den schwierigsten Situationen, sonst wären wir schon längst verschwunden. Sehen Sie sich nur die Berge am Stadtrand von Lima an, diese blühende Wirtschaft, wer hat sie gefördert? Hat der Staat dort investiert? Ganz und gar nicht. Es sind die Bemühungen der Menschen selbst.

Hat sich an der Bildungssituation in den letzten Jahren etwas geändert?

Wir haben heute Jugendliche und Heranwachsende, die ihre Umwelt und das, was mit ihnen geschieht, besser wahrnehmen. Junge Führungskräfte sind sich beispielsweise der Komplikationen von Teenagerschwangerschaften bewusst. Dies ist ein großer Schritt nach vorn. Diese jungen Frauen sind sich bewusst, dass sie Rechte haben, dass sie sich informieren sollten und dass sie sich eine Chance für ihre berufliche und persönliche Entwicklung aufbauen können, ohne z. B. auf eine frühe Heirat oder die Vorstellung, dass der Mann sie unterstützen wird, zurückzugreifen. Trotzdem ist es immer noch eine Herausforderung für diese sehr klaren und

intelligenten jungen Frauen, die gleichen Chancen zu haben wie ihre Altersgenossinnen in anderen Teilen des Landes oder in anderen Sektoren.

Was brauchen sie dafür?

Dazu muss nicht nur die Qualität der Sekundarschulbildung im ganzen Land verbessert werden. Sie kann auch in den ländlichen Gebieten nicht dieselbe sein wie in der Stadt. Die Beziehung zur Umwelt ist anders, die Geschichte und die Kultur selbst sind anders. Das bedeutet nicht, dass sie ihr Wissen nicht mit Schüler*innen aus anderen Teilen des Landes teilen sollten, aber es braucht ein Konzept, das die bestehenden Unterschiede berücksichtigt und die Entwicklung von Fähigkeiten, Selbstwertgefühl und das Bewusstsein für die eigenen Rechte in den Vordergrund stellt.

Eine kritische Überprüfung der Bildungsinhalte im ganzen Land ist unerlässlich. Um noch einmal auf das Thema Rassismus zurückzukommen: Wenn die Schüler*innen in Miraflores nicht erkennen, dass diejenigen, die weiterhin Kartoffeln in ihrer großen Vielfalt anbauen, dies schon vor der spanischen Invasion getan haben und dass sie die Nachkommen dieses Landes sind, die ihm seinen historischen kulturellen Reichtum verliehen haben, dann wird der Rassismus weiter bestehen. Denn man ist sich nicht bewusst, dass die Geschichte Perus nicht mit den Ankömmlingen begann, sondern dass es hier bereits eine frühere Zivilisation gab, deren Erb*innen wir noch immer sind. Interkulturelle Bildung muss national sein, für alle.

Wie überschneiden sich Ihrer Meinung nach der Kampf gegen Rassismus und feministische Forderungen?

Wir sind alle Frauen, die für ihre Rechte kämpfen, aber die Forderungen einer akademischen Feministin aus der oberen Mittelschicht sind nicht dieselben wie die einer indigenen, Quechua sprechenden, nicht akademischen Frau. Aber wir haben in den letzten 30 Jahren viel voneinander gelernt. Denn wir indigenen Frauen haben in den 1980er Jahren oder früher mit der Bewegung begonnen und kollektive Rechte als Völker gefordert. Sprache, Kultur, Territorium. Wir waren stark in diesem Kampf für kollektive Rechte. Um individuelle Rechte als Frauen haben wir uns erst später gekümmert.

Und so sagen wir heute, dass kollektive und individuelle Rechte unteilbar sind und sich ergänzen. Ich zum Beispiel stamme aus einer Generation, in der die Eltern Ehen arrangierten. Heute akzeptieren die jungen Frauen nicht mehr, dass Ehen für sie arrangiert werden, obwohl dies Teil der Tradition war. Sie nehmen ihr Recht wahr, selbst zu entscheiden. Sie haben das Recht zu entscheiden, ob sie weiter studieren wollen, ob sie einen Beruf ergreifen wollen, ob sie heiraten wollen oder nicht, ob sie Kinder haben wollen oder nicht. Das ist für uns heute ganz klar. Genauso wie es Traditionen gibt, die als kulturelle Ausdrucksformen verteidigt wurden. Wenn eine Tradition allerdings gegen die Würde und die Grundrechte als Frau und als Person verstößt, muss sie geändert werden.

Die jungen Frauen haben auch das Recht, die indigenen Frauen von heute zu sein, die nicht mehr nur durch ihre Herkunft, ihre Sprache und ihre Kleider definiert werden, und sie haben auch ein Recht auf Mobilität. Sie erkennen sich selbst als Nachkommen an, sie erkennen ihre Vorfahren an, aber sie verdienen den gleichen Respekt und die gleichen Chancen wie jede junge Frau.

Auf der einen Seite haben wir den Machismo und den strukturellen Rassismus des Staates, auf der anderen Seite haben wir aber auch eine bestimmte kulturelle Tradition, die indigene Frauen belastet. Das haben wir in den letzten Tagen gesehen, als Frauen, die der Hexerei beschuldigt wurden, von den *Rondas Campesinas* verhaftet und gefoltert wurden.

Das ist inakzeptabel. Wir können nicht zulassen, dass die Würde der Menschen mit einer solch subjektiven Anschuldigung missachtet und missbraucht wird. Dies ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte. Wir haben ähnliche Fälle erörtert, wie z. B. den Fall der Genitalverstümmelung, die in einigen Dörfern in Kolumbien, in einigen Dörfern im peruanischen Amazonasgebiet und vor allem in Afrika immer noch vorkommt. Anhand dieser Beispiele haben wir viel darüber diskutiert, was Tradition und Moderne ist, was Tradition und Menschenrechte sind. Und wir haben auch gehandelt und die Abschaffung der Genitalverstümmelung in allen Staaten zur Pflicht gemacht. In unserem Land, um ein weiteres Beispiel zu nennen, gibt es Fälle von Frühschwangerschaften und sexueller Gewalt gegen Mädchen, die früher aus Angst verschwiegen wurden. Die Dinge ändern sich, es kostet viel Arbeit und Mühe, aber wir sorgen dafür, dass sie sich ändern. Und wir müssen weitermachen, denn wir müssen den Bürger*innen und vor allem den Politiker*innen die Realität vor Augen führen und verstehen, welche tiefgreifenden Veränderungen wir brauchen. Denn es scheint, dass die Politiker nur im Wahlkampf mit der Realität konfrontiert werden wollen und sie dann vergessen, wenn sie in den Palast kommen.



Tarcila Rivera. Foto: Ojo Publico

Der Amtsantritt von Präsident Castillo weckte bei den indigenen Gemeinschaften gewisse Erwartungen. Wurden diese anfänglichen Erwartungen angesichts der Untätigkeit der Regierung auf mehreren Gebieten und der Korruptionsermittlungen gegen den Präsidenten und seine engsten Vertrauten wieder einmal enttäuscht?

Dies ist in der Tat der Fall. Und es ist schrecklich, weil die Enttäuschung groß ist, aber ehrlich gesagt, sind wir seit Toledo enttäuscht, wie viele Peruaner*innen. Auch von Toledo haben viele geglaubt, dass er ein indigener Präsident sei und dass er manche Probleme lösen würde.

Ich wurde im Wahlkampf angegriffen und als Terroristin bezeichnet, weil ich angeblich den Kandidaten Castillo unterstützte. Ich habe niemanden unterstützt. Aber eine Kampagne, in der der andere rassistisch klassifiziert, verhöhnt und auf der Grundlage von Vorurteilen angegriffen wird, ist nicht ethisch. In diesem Kontext stimmten viele für Castillo stimmten, weil sie das Gefühl hatten, keine andere Wahl zu haben.

Doch trotz seiner Behauptungen vertrat Castillo nicht die indigenen Gemeinschaften, sondern höchstens seine Gewerkschaft. Und jetzt, nach fast einem Jahr Regierungszeit, ist die Situation sehr frustrierend. Denn zusätzlich zu all den Misserfolgen seiner Regierung meinen viele, dass wir aufgrund dieser Identifikation eine eigene Macht werden können.

Wenn man Zugang zur Macht haben will, muss man wissen, wofür man da ist und mit welchen Fähigkeiten, mit welchen Mitteln und mit welcher Vision man eine Machtposition einnehmen will. Das ist das Wichtigste. Ob man Indigene*r ist oder nicht. Und hier hat der Präsident eindeutig versagt. Man muss wissen, woher die Macht kommt, man muss das Land kennen, und man muss wissen, dass in diesem Land Bevölkerungsgruppen historisch vernachlässigt wurden, dass es immer noch Lücken in der Ausübung der demokratischen Macht gibt. Aber das scheint niemanden zu interessieren, denn wo werden die neuen Führungspersönlichkeiten ausgebildet, wo werden die Politiker ausgebildet?

Was war die größte Enttäuschung mit dieser Regierung?

Der erste Punkt ist für mich, dass uns nicht zugehört wird. Wenn man ein Land mit seinen Problemen, aber auch mit seiner Vielfalt regieren will, muss man den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zuzuhören. Wo ist der Raum, in dem die Zivilgesellschaft zum Regierungshandeln beitragen könnte, in dem der Präsident zuhört? Einen solchen Raum gibt es nicht. Und weil es ihn nicht gibt und niemand zuhört, kommt von der Regierung jeden Tag etwas anderes, das nichts mit den Bedürfnissen der Bürger*innen zu tun hat. Der Präsident sagt, dass das Volk regiert, aber dem Volk wird nicht zugehört, es gibt keinen Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft. Ich weiß also nicht, wo die Stimme des Volkes in den Plänen der Regierung für die nächsten vier Jahre zu finden ist.

Auch in der Frauenfrage hat die Regierung versagt. Wir werden weiter vernachlässigt. Unsere Rechte und Anliegen haben keine Priorität. Wo sind die mittel- und langfristigen Lösungen, die Vorschläge, um Ungerechtigkeiten aufzuheben und Entwicklungschancen zu bieten. Wir haben ein Problem als Land: uns fehlt es in vielen Bereichen an Perspektive und Planung.

Waren Sie überrascht von der geringen Präsenz von Frauen in dieser Regierung?

Ja, eine weitere schwere Enttäuschung. In der Regierung sich konservative Gruppen und Männer, die große Machos sind, gut vertreten. Manchmal werden gewisse Zugeständnisse gemacht, aber es gibt keinen Glauben an die Fähigkeiten der Frauen. Wir dürfen dieses Verhalten gegenüber Frauen nicht rechtfertigen. Sehen Sie, wir sind eine Gesellschaft mit so vielen Vorurteilen, auf beiden Seiten, und der Aufbau von Gesellschaften, die sich gegenseitig respektieren, ist harte Arbeit, eine tägliche Aufgabe für uns alle.

Ich möchte auf die fehlenden Räume für den Dialog zurückkommen. Was ist Ihrer Meinung nach die Verantwortung der Medien?

Ich denke, in unserem Land arbeitet leider jeder in seinem eigenen Ghetto. Wo gibt es Räume und Austauschmöglichkeiten, in dem Ideen und Initiativen gesammelt und für alle nutzbar gemacht werden? Die haben wir nicht. Auch die Medien sind von dieser Ghetto-Mentalität geprägt. So blieben dieser Tage die Journalisten stumm, als behauptet wurde, es gäbe keine indigenen Bewegungen oder Forderungen in Peru.

Was entgegnen Sie denen, die behaupten, dass es in Peru keine indigenen Ansprüche gibt?

Ich weiß nicht, ob sie aus Unwissenheit sprechen oder ob es einfach eine böartige Haltung ist, um politischen Positionen zu verteidigen. Denn sie müssen wissen, dass bei der Volkszählung 2017 25% der Bevölkerung als indigene Bevölkerung anerkannt wurden. Jeden Tag sehen wir die Äußerungen oder Aktionen der indigenen Völker Amazoniens, die für ihre Rechte kämpfen. Und wir sehen auch, dass Quechua- und Aymara-Vertreter*innen weiter an Präsenz gewinnen und dafür kämpfen, dass unsere Identität anerkannt wird und der Staat sich um uns genauso kümmert wie um alle anderen. Die Behauptung, es gäbe keine einheimischen Bewegungen, ist also Unsinn. Was uns aus politischer Sicht fehlt, sind Führungspersönlichkeiten, die die Kämpfe z. B. der Anden- und Amazonasvölker zusammenführen können. Aber ich muss sagen, dass Rassismus, Diskriminierung und diese Ghetto-Dynamik leider auch in unseren Gemeinschaften reproduziert werden.

Können Sie das erklären?

Ja, natürlich. Die auf Vorurteilen beruhende Hierarchie wurde reproduziert. Es werden Unterschiede gemacht zwischen denen, die noch in den Dörfern leben, und denen, die die Gemeinschaft vor langer Zeit verlassen haben und zurückkommen und sich als überlegen

betrachten. Geld, Macht und Missverständnisse schaffen Spaltungen innerhalb unserer Gemeinschaften.

Welche Fortschritte erkennen Sie in all den Jahren des Aktivismus?

Wir haben einiges erreicht: Heute stehen wir als indigene Völker auf der internationalen Agenda, und der Staat ist verpflichtet, sich an die Richtlinien und Empfehlungen der UN-Organisationen zu halten. Dies alles sind Erfolge. Peru ist keine Insel mehr, sondern beteiligt sich an dem großen internationalen Konzert zu diesen Themen. So hat das Ständige Forum der Vereinten Nationen für indigene Angelegenheiten 1.600 Empfehlungen ausgesprochen, darunter auch Empfehlungen, die die Staaten in Bezug auf Sprache, Bildung, interkulturelle Gesundheit und Achtung der territorialen Rechte der indigenen Bevölkerung umsetzen sollten.

Das ILO-Übereinkommen 169, das den Schutz der Rechte indigener Völker garantiert, ist für den Staat verbindlich. Dies zeigt sich beispielsweise bei der Wahrung der territorialen Rechte, die oft mit den Interessen bestimmter Industrien wie dem Großbergbau kollidieren, sowohl in den Anden als auch im Amazonasgebiet. Hier versuchen die durch diese internationalen Übereinkommen geschützten Gemeinschaften, ihre Gebiete und die natürlichen Ressourcen aller zu verteidigen. Allerdings sind sie mit der Untätigkeit des Staates konfrontiert.

Ein Beispiel für die Untätigkeit ist die Ölkatastrophe von Repsol in Ventanilla. Es sind viele Monate vergangen, ohne dass nennenswerte Fortschritte erzielt wurden. In dieser Woche berichteten die Medien, dass die Fischer noch immer nicht zur Arbeit in das Gebiet zurückkehren können.

Unsere Regierungen sind nicht stark und nicht entschlossen genug, um sicherzustellen, dass die Rechte ihrer Bürger*innen geachtet werden. Es gibt einen Dialog zwischen den Erdöl- oder Bergbau-Unternehmen und indigenen Völkern. Und einer der wichtigsten Aspekte ist, dass Unternehmen, die Mineralien oder Ressourcen in indigenen Gebieten abbauen wollen, die Menschenrechtsstandards einhalten müssen. Aber der Staat muss unsere Rechte durchsetzen, und er tut es nicht. Genau darin liegt der Rassismus in der Machtausübung, denn sie glauben, dass die Anden- oder Amazonasbevölkerung nicht die gleichen Rechte hat wie zum Beispiel die Einwohner*innen von Lima. Wie ist es möglich, dass das, was mit Repsol passiert ist, passiert ist, dass Monate so vergehen und nichts passiert? Und der Hauptschuldige ist der Staat, aber auch die Gesellschaft hat nicht so reagiert, wie sie es sollte. Wir haben das Thema vernachlässigt.

Leider sind wir eine zersplitterte Gesellschaft, in der wir alle in unseren eigenen Ghettos und Blasen leben. Wir müssen Wege finden, dies zu überwinden. Und auch die Medien sollten dies verstehen und sich kritisch mit dem Zustand der Dinge auseinandersetzen.

Zusammenfassung und Übersetzung: Annette Brox



©Javier Dueñas

9. Perus Agrarexportwirtschaft: Hintergründe – Konsequenzen – Nutznießer

Perus liberalisierter Agrarhandel, Agrarexporte und die Situation der kleinbäuerlichen Betriebe. Ein Veranstaltungsbericht.

Die Infostelle Peru hat am 12.07. ein Online-Seminar mit dem Titel „Peruanische Agrarexporte: Wem nützen und wem schaden sie?“ veranstaltet. Referenten waren

- Eduardo Zegarra Méndez , Ökonom an der Universidad Catolica, Doktor der Agrarökonomie, Spezialist in Agrarpolitik und Forscher der Grupo de Análisis para el Desarrollo (GRADE) und
- Luis Guerrero Leiva von der Agrarexportfirma GLINT

Dieser Artikel greift einige Informationen und Zusammenhänge aus der Veranstaltung auf, die Hintergrund und Problematik der Agrarexportwirtschaft Perus und die Situation der kleinbäuerlichen Familienbetriebe beleuchten.

Zunahme der Agrar-Exporte und –Importe

Der Agrarhandel Perus hat sich in den letzten 20 Jahren wertmäßig stark gesteigert. Die Exporte haben sich seit 2003 mehr als versechsfacht, die Importe im selben Zeitraum vervierfacht, letztere sind in den letzten 10 Jahren nur noch wenig gestiegen. Die gesamten Agrarexporte Perus stiegen im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 18% auf 7,936 Milliarden Euro.

Das Volumen des Agrarhandels zeigt allerdings ein ganz anderes Bild: die Importe sind mengenmäßig deutlich stärker gestiegen als die Exporte. Offenbar – so erklärt das Eduardo Zegarra – werden die Agrarimporte zu immer niedrigeren Preisen eingeführt. Das führt zu Problemen für die kleinbäuerlichen Familienbetriebe, die mit den immer billigeren (subventionierten) Importprodukten konkurrieren müssen.

Die Importe von Getreide (Mais, Weizen) sind in den letzten Jahren sehr stark gestiegen, ebenfalls die von Ölen, Ölsaaten und Milchprodukten. Das erhöht die Abhängigkeit Perus von Lebensmittel-Importen, denn die Lebensmittelindustrie ist von der Einfuhr dieser Produkte abhängig.

Liberalisierung des Agrarhandels nützt dem Export

Zegarras These zur Ausweitung des Agrarhandels: Die Liberalisierung des Agrarhandels in Peru in den letzten zwei Jahrzehnten hat dem Agrarexport genützt, aber auf Kosten für die auf den heimischen Markt ausgerichtete Landwirtschaft. Meilensteine dieser Liberalisierung waren die Freihandelsabkommen Perus mit den USA (2009) und der EU (2013). 80% der Agrarexporte Perus gehen in diese Länder. Peru hat seine Märkte komplett geöffnet, die EU bleibt aber bei Einfuhrbeschränkungen und verbietet Getreide-Importe. Es gibt keine gleichen Regelungen für alle Beteiligten. In den Abkommen wird die einheimische peruanische Landwirtschaft nicht geschützt.

Luis Guerrero Leiva stellte die verschiedenen Betriebsformen der peruanischen Landwirtschaft vor:

- Die Subsistenzlandwirtschaft produziert auf kleinen Flächen vor allem Lebensmittel für den eigenen Konsum, Überschüsse werden auf lokalen Märkten verkauft. Sie hat kaum Zugang zu Krediten und staatlicher Unterstützung. Sie arbeitet umweltfreundlich im Interesse der Erhaltung ihrer Existenzgrundlage. Viele Subsistenzbauern geben auf oder versuchen, als Kleinbauern stärker für den Markt zu produzieren.
- Genossenschaften und Kleinbauern produzieren für Nischenmärkte. Sie haben kaum Zugang zu Krediten und staatlicher Unterstützung. Sie arbeiten teilweise mit Tagelöhner*innen, d.h. sie bezahlen keine Sozialleistungen. Sie versuchen, sich durch den Anbau von „Superfoods“ stärker auf internationale Märkte zu orientieren. Bei einigen

Exportprodukten beherrschen große Unternehmen den Markt, die Kleinbauern haben wenig Verhandlungsmacht.

- Für die Agroindustrie steht die Rendite im Vordergrund. Sie produziert überwiegend für den Export, deswegen muss sie internationale Standards beachten, z.B. beim Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln. Ihre Beschäftigten sind fest angestellt und erhalten – aufgrund des speziellen Gesetzes für den Agrarexportbereich- niedrige Löhne. Sie diversifizieren ihre Produkte und sind auf Frischprodukte konzentriert. Ihre Anbauflächen weiten sie in den Küstenwüsten und in Primärwäldern aus.

Die bäuerlichen Kleinbetriebe, die z. T. Kaffee, Kakao oder Bananen für den Export produzieren, haben im Agrarexport-Boom keine wichtige Rolle gespielt. Luis Guerrero sieht den Agrarexport positiv für die Kleinproduzent*innen, weil sie damit Erfolg haben.

Bei ihrer Produktion für den einheimischen Markt mussten und müssen die Kleinproduzent*innen mit den billigen Importprodukten konkurrieren.

Problematische Umwelt- und Arbeitsbedingungen in der Exportlandwirtschaft

Der Agrarexport konzentriert sich vor allem auf Früchte und in geringerem Maß auf Gemüse. Die bäuerlichen Kleinbetriebe haben zunehmende Schwierigkeiten mit ihrer Exportproduktion (z. B. Kaffee, Kakao). Dies zeigt sich im starken Absinken des Wertes des Exports von , dem wichtigsten Exportgut der peruanischen Familienbetriebe.

Die Exportproduktion ist auf die Küste und wenige Unternehmen konzentriert. Es gibt eine starke Konzentration von Land und Verfügbarkeit von Wasser. Für die Betriebe gelten gesetzliche Regelungen der Rentenversicherung und solche, die dem Schutz der Arbeitnehmerrechte widersprechen. Dieses Sonderregime wurde 2001 eingeführt, um die Agrarexporte anzukurbeln. 2019 wurde es um 10 Jahre verlängert. Ausdruck dieser unzureichenden Arbeitsrechte ist die Entwicklung der Löhne in diesem Bereich: sie liegen nur knapp über dem Mindestlohn (ca. 250 Dollar). Fast drei Viertel der Firmen zahlt nur den Mindestlohn oder sogar weniger. Die Löhne lagen 2019 um ca. 40 Prozent niedriger als die Löhne im Bausektor, der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist extrem niedrig. Die Arbeitsverträge geben den Arbeiter*innen nur wenig Rechte, außerdem sind die staatlichen Kontrollen und Dienstleistungen mangelhaft. Es müsste bei den kleinen und mittleren Unternehmen ein formeller Sektor geschaffen werden. Für Genossenschaften gibt es

Die Arbeitsbedingungen – schlechte Bezahlung, niedrige Sozialleistungen – haben 2020 zu Unruhen und Streiks der Arbeiter*innen geführt. Die Proteste haben nach langen Verhandlungen zur Rücknahme des Gesetzes und zur Verabschiedung eines neuen Gesetzes geführt. Dieses neue Gesetz erfüllt allerdings die Erwartungen der Arbeiter*innen nicht. Es setzt

im Wesentlichen den Geist und Inhalt des vorherigen Gesetzes fort. Die Vergünstigungen für die Unternehmen bleiben bestehen, während die Landarbeiter*innen kaum Verbesserungen erreicht haben.

Probleme mit der Umweltverträglichkeit: der Fall Ica

Zwischen 1990 und 2017 hat im Ica-Tal die Fläche des von Agrarunternehmen (für die Exportproduktion) genutzten Landes zu Lasten anderer landwirtschaftlicher Nutzung von ca. 8.000 Hektar auf über 30.000 Hektar massiv zugenommen. Am stärksten angewachsen ist hier der Export von Trauben, der von 2001 knapp über Null auf über 350 Millionen US-Dollar 2019 stieg. Auch der Export von Spargel ist in diesem Zeitraum stark angestiegen.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Entwicklung der formellen Wasserrechte (Grundwasser) wieder: Von Anfang des Jahrtausends (Beginn der Rechnung) bis 2017 haben die Großbetriebe Rechte für 350 Millionen Kubikmeter Wasser erworben, während die anderen landwirtschaftlichen Betriebe nach anfänglichem Zuwachs von 2011 bis 2017 bei Rechten für ca. 150 Millionen Kubikmeter Wasser „stehengeblieben“ sind. Während die großen Firmen kein Oberflächenwasser nutzen, nutzen die anderen Betriebe Rechte an Oberflächenwasser im Umfang von 50 Millionen Kubikmeter. Neben dem massiven Anstieg der Landkonzentration ist also auch eine starke Konzentration der Wasserrechte zu beobachten.

Alternative: Andere Formen der Agrarexportproduktion

Am Schluss seines Vortrags plädierte Eduardo Zegarra dafür, dass ein nachhaltigeres und integratives Modell der Agrarexportproduktion mit einer Nischenlandwirtschaft gefördert werden muss, die auf Biodiversität und Assoziativität beruht. Dadurch wären viele positive Aspekte beim Agrarexport möglich. Bisher wurde nur der Agrarexport der großen Firmen gefördert.

Die Probleme des Hochlandes und des Regenwaldes bei der Exportproduktion im Vergleich zur Küste könnten ausgeglichen werden: hier ginge es nicht um große Export-Mengen, sondern um spezielle hochwertige Produkte. Diese Ansicht vertritt auch Luis Guerrero von GLINT.

Dabei könnten die Biodiversität und die Hochwertigkeit der Produkte aus den Anden und dem Regenwald von Vorteil sein. Zur Beteiligung von kleinen und mittleren Erzeugern müssten assoziative Formen der Exportproduktion (Zusammenschlüsse, Genossenschaften) gefördert werden.

Jimi Merk

Perus Agrarexportwirtschaft: Hintergründe – Konsequenzen – Nutznießer

Perus liberalisierter Agrarhandel, Agrarexporte und die Situation der kleinbäuerlichen Betriebe

Die Infostelle Peru hat am 12.07. ein Online-Seminar mit dem Titel „Peruanische Agrarexporte: Wem nützen und wem schaden sie?“ veranstaltet. Referenten waren

- Eduardo Zegarra Méndez , Ökonom an der Universidad Catolica, Doktor der Agrarökonomie, Spezialist in Agrarpolitik und Forscher der Grupo de Análisis para el Desarrollo (GRADE) und
- Luis Guerrero Leiva von der Agrarexportfirma GLINT

10. In Peru droht Hungerkrise

Teure Importe, mangelnder Kunstdünger: Peru steht eine Lebensmittelknappheit ins Haus.

Eigentlich ist Peru in der Lage, die Menge und Qualität an Nahrungsmitteln zu produzieren, die es braucht, um seine Bevölkerung zu ernähren. Doch die aktuelle Krise verschärft die schon bestehenden Probleme bei der Produktion von und beim Zugang zu Nahrungsmitteln. Die ungleiche Verteilung von Ressourcen und Chancen und die im Lebensmittelsystem vorherrschende Logik des freien Marktes führen dazu, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen keinen ausreichenden und angemessenen Zugang zu Lebensmitteln haben.



Foto: Hildegard Willer

Ursachen der aktuellen Krise und ihre Auswirkungen

Die weltweite Nahrungsmittelkrise als Folge der Pandemie und der damit verbundenen Wirtschaftskrise drückt sich in einem Anstieg der Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt aus. Peru importiert Mais, Weizen, Soja und Ölsaaten für die Produktion von Grundnahrungsmitteln wie Brot, Nudeln, Hühnerfleisch, Eier u.a.. Diese Nahrungsmittel werden teurer und für vulnerable Bevölkerungsgruppen immer weniger bezahlbar.

Gleichzeitig wirkt sich die Krise auch direkt auf die peruanische Lebensmittelproduktion aus, vor allem auf die kleinbäuerlichen Familienbetriebe, die vom Staat kaum oder gar nicht unterstützt werden und für 60 Prozent der Nahrungsmittelversorgung in Peru verantwortlich sind. Denn die wichtigsten Güter, die dafür importiert werden, sind knapp, und die Preise steigen.

In Verbindung mit dem Klimawandel bedroht diese Situation die heimische Lebensmittelversorgung, insbesondere die Versorgung mit frischen Lebensmitteln, die für eine gesunde Ernährung besonders wichtig sind. Der anhaltende Preisanstieg für importierte Lebensmittel, die Verteuerung von Düngemitteln um mehr als 300 Prozent in den letzten Monaten sowie der Anstieg der Benzin- und Gaspreise haben nach Angaben des Statistik-Instituts INEI zu einem durchschnittlichen Anstieg des Warenkorb für Lebensmittel um 15,46 Prozent innerhalb eines Jahres geführt. Dabei sind die Preise für einige Grundnahrungsmittel wie Öl, Hühnerfleisch, Brot, Kartoffeln, Zucker, Reis u. a. noch deutlicher gestiegen.

Diese Situation führt zu einer Zunahme von Hunger und Unterernährung bei den Bevölkerungsgruppen, die bereits von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen sind. Die Bevölkerung in extremer Armut kann ihre Ausgaben nicht umschichten, sie isst einfach weniger. Die FAO schätzt, dass weltweit 15 Millionen Menschen von mäßiger bis schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen sind. D.h. dass diese Menschen ihre Ernährung einschränken oder reduzieren oder auch Tage ohne jegliche Nahrung auskommen müssen.

Gemeinschaftsküchen im Notstand

Über 4.000 *Ollas Comunes* (Gemeinschaftsküchen) gibt es in Peru, 70 Prozent davon im Großraum Lima. Viele von ihnen haben sich während der Pandemie neu gegründet, um mit viel Eigeninitiative die Ernährung für die armen Bevölkerungsgruppen sicherzustellen. Das Überleben der meisten dieser Initiativen hängt von ihrer Selbstverwaltung ab, betont Fortunata Palomino, Präsidentin des Zusammenschlusses der *Ollas Comunes* in Lima. Auf staatliche Unterstützung können sie sich nicht verlassen. Ein Grund dafür ist, dass es für das Gesetz, das ihre Finanzierung sichern soll, noch immer keine Ausführungsverordnung gibt. Es wurde im April, fast acht Monate nach dem Einbringen der Gesetzesvorlage, vom Kongress verabschiedet. Auch das staatliche Hilfsprogramm *Qali Warma*, das in diesem Jahr 54 Mio. Soles (13,3 Mio. Euro) für die Verteilung

von Nahrungsmitteln an *Ollas Comunes* und andere gefährdete Bevölkerungsgruppen bereitstellt, ist nicht in der Lage, Lebensmittel gut organisiert und schnell zu verteilen, so Palomino.

So musste etwa die Gemeinschaftsküche Efraín Inti in Villa María del Triunfo, einem der ärmsten Stadtteile Limas, den Preis für ein Mittagessen von anfangs 1,50 Sol auf drei Soles erhöhen. Die Preise erhöhen oder die Portionen verkleinern – vor dieser Entscheidung stehen heute viele *Ollas Comunes*.

Was dringend getan werden muss

Die Krise ist ein Beleg für die wachsende Unsicherheit des Systems zur Lebensmittelversorgung. Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung müssen dringend verstärkt werden. Die zwei Milliarden Soles (492 Mio. Euro), die für Lebensmittelgutscheine vorgesehen sind, sind ein Schritt in die richtige Richtung. Gleichzeitig muss aber präventiv gehandelt werden. Das bestehende System muss umgebaut werden. Der Kauf von synthetischen Düngemitteln (Harnstoff) auf dem internationalen Markt bei gleichzeitiger Förderung der inländischen Produktion von organischen Düngemitteln ist ein Schritt in diese Richtung. Mit dem organischen Dünger wird der Boden ebenso geschützt wie die Qualität der Lebensmittel und die Ernährungssouveränität.

Gleichzeitig müssen die Hilfsprogramme verstärkt werden, insbesondere das Programm *Qali Warma*. Es muss auf die weiterführenden Schulen ausgeweitet werden und den ärmsten Bevölkerungsgruppen zwei Mahlzeiten täglich anbieten. Außerdem muss der Staat für diese Programme mehr Lebensmittel aus der familiären Landwirtschaft kaufen. So würde diese gestärkt und die Qualität der Schulessen mit frischen Lebensmitteln verbessert.

Schließlich ist es wichtig, Initiativen der Zivilgesellschaft stärker zu unterstützen und eine direkte und transparente Lieferung von Lebensmitteln zu gewährleisten, insbesondere für die *Ollas Comunes* (Gemeinschaftsküchen) und *Comedores Populares* (Volksküchen) sowie für Netzwerke, die Lebensmittel auf Märkten, in Restaurants und Urbanen Gärten sammeln. Dies würde die organisierte soziale Solidarität stärken.

Quellen:

Maria Rosa Boggio in: *Signos*, Juli 2022

Newsletter *OjoPúblico* Juni 2022

<https://ojo-publico.com/3524/crisis-alimentaria-sin-estrategias-para-afrontar-el-hambre>

Übersetzung: Annette Brox



11. Indigene Völker erklären Klimanotstand für Amazonien

Eine Erklärung des 10. Internationalen Treffens des Panamazonas-Sozialforums FOSPA

Anlässlich des 10. Internationalen Treffens des Panamazonas-Sozialforums FOSPA (Foro Social Panamazónico) Ende Juli in Brasilien haben indigene, schwarze und andere Völker aus den neun Ländern des Amazonasbeckens den Klimanotstand in der Pan-Amazonas-Region ausgerufen.

Grund für die Erklärung ist die besorgniserregende Situation im Amazonasgebiet, das „von Regierungen verwüstet wird, für die die Natur eine Ware ist und die Rechte der indigenen Völker keine Gültigkeit haben.“

Ziel ist es, sich für die aktive Wiederherstellung und den Schutz der biologischen Vielfalt in Panamazonien einzusetzen und ein neues Verständnis der Beziehung zur Natur zu entwickeln.

Das FOSPA-Treffen, das in Belém do Para (Brasilien) stattfand, brachte Vertreter*innen der verschiedenen Völker zusammen, die in Brasilien, Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien, Venezuela, Guyana, Suriname und Französisch-Guayana leben. Für diese Völker befindet sich der Amazonas heute in seiner schlimmsten Phase, da die derzeitige Klimakrise, eine Folge des herrschenden Entwicklungsmodells, den Amazonaswald an einen Kipppunkt gebracht hat, von dem es kein Zurück mehr gibt.

„Unter einer falschen Prämisse von Entwicklung hat sich der Extraktivismus in den verschiedenen Gebieten Amazoniens ausgebreitet und eingefügt in Modelle, die koloniale Strukturen schützen“,

so die Autor*innen. Unter diesem Vorwand würden "Territorien militarisiert, Gemeingüter geplündert, um Profite zu erzielen, soziale Ungleichheit, strukturelle und faktische Gewalt in der Pan-Amazonas-Region vertieft."

Es drohe der unwiederbringliche Verlust des wichtigsten Tropenwalds der Erde, in dem mehr als 50 Millionen Menschen leben, sowie eines großen Teils der biologischen Vielfalt des Planeten.

"Wenn wir diesen Trend jetzt nicht stoppen, wird morgen die Panamazonas-Region sterben, die für die Eindämmung der globalen Erwärmung und die Sicherung des Lebens auf dem Planeten unerlässlich ist. Die Zeit läuft ab", erklären die Unterzeichnenden.

Mit der Ausrufung des Klimanotstandes in Panamazonien hoffen die Völker auch, ein neues Verständnis der Beziehung zur Natur zu fördern. Sie fordern ein politisches, soziales und wirtschaftliches Modell, das die Territorien und die Rechte der Völker Amazoniens und die Rechte der Natur anerkennt und respektiert. Das Wissen der Indigenen und ihre Organisationsformen für die Pflege und Bewirtschaftung des Wassers und den Schutz ihrer Gebiete, zu denen auch die Flüsse gehören, müssten wertgeschätzt und geschützt werden.

Die Unterzeichnenden schlagen ein alternatives Entwicklungsmodell für den Amazonas vor: eine diversifizierte Land- und Forstwirtschaft im Einklang mit der Natur, Agrarökologie, Projekte für die lokale Produktion und den lokalen Konsum, gemeinschaftliche Bewirtschaftung der Territorien und der Wälder, die Verwendung einheimischen Saatguts, gemeinschaftlichen Ökotourismus, alternative Energieprojekte, integrierte und partizipative Pflege und Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten und andere Initiativen, die auf das Leben und nicht auf die Kommerzialisierung der Natur ausgerichtet sind.

Die Regierungen der panamazonischen Staaten werden aufgefordert, ihre Reden gegen die Klimakrise und die Rechte von Mutter Erde in die Tat umzusetzen, und zwar mit echten Maßnahmen gegen die Abholzung und den Anstieg der Emissionen, und „nicht mit dem Make-up der so genannten grünen Ökonomien“. Die auf internationaler Ebene eingegangenen Verpflichtungen müssten erfüllt und verstärkt werden.

Die Regierungen müssten das Eigentum und die rechtliche Garantie der Territorien der indigenen Völker und Gemeinschaften, einschließlich des Untergrunds garantieren, damit diese dauerhaft vor dem Abbau von Mineralien und fossilen Brennstoffen geschützt sind.

Dies erfordere die Bereitstellung erheblicher Mittel für die Wiederherstellung und Pflege des Amazonasbeckens und eine Transformation des internationalen Rohstoffhandels der regionalen Wirtschaft, indem die Produktion und Vermarktung von klimaverträglichen Gütern gefördert wird und die Ausfuhr von Fleisch, Soja, Holz, Mineralien und fossilen Brennstoffen auf die Märkte Europas, Asiens, Nordamerikas und anderer Länder beschränkt wird.

Auch sollen Bildung, Forschung und Kommunikation, gegenseitiges Lernen und partizipative und transformative Aktionsforschung gefördert werden.

Gemeinsam soll das Ziel erreicht werden, die Abholzung der Wälder auf Null zu reduzieren. Der Vertrag über die Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe müsse eingehalten werden, damit das Erdöl im Boden bleibt und die Energiewende eingeleitet wird.

Die Unterzeichnenden schlagen außerdem regelmäßige lokale und globale Kampagnen vor, um die Ausfuhr von Produkten zu stoppen, die die Verschmutzung und Abholzung des Amazonas fördern.

Die Ernährungssicherheit müsse gefördert und das Leben und der Schutz von Menschenrechtsaktivist*innen gefördert werden. Dies müsse mit der Ratifizierung und Erfüllung des Abkommens von Escazú beginnen.

“Wir rufen die vielen verschiedenen Organisationen, die sich für den Schutz und die ganzheitliche Pflege des Amazonas einsetzen, dazu auf, ihre transformativen Fähigkeiten in die weiteren Prozesse einzubringen und die FOSPA-Aktionsinitiativen weiter zu stärken”, heißt es in der Erklärung abschließend.

Die vollständige Erklärung von Belém auf Spanisch können Sie [hier](#) lesen.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/05/08/2022/pueblos-indigenas-declaran-en-emergencia-climatica-la-panamazonia>

Zusammenfassung und Übersetzung Annette Brox

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.